

OSSIP A. PJATNIZKI:

**DIE BOLSCHEWISIERUNG DER
KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN
DER KAPITALISTISCHEN LÄNDER
DURCH ÜBERWINDUNG DER
SOZIALDEMOKRATISCHEN
TRADITIONEN**

(Bearbeitetes Stenogramm des Berichts Pjatnizkis auf der Beratung der Leiter für Parteaufbau an den internationalen kommunistischen Parteschulen; aus: Die Kommunistische Internationale, XIII. Jg. 1932, Heft 10, S. 755 - 774, und Heft 11, S. 823 - 841)

Das 11. Plenum des EKKI stellte fest, daß die Sektionen der Komintern in den kapitalistischen Ländern hinter dem Aufschwung der revolutionären Arbeiter- und Bauernbewegung zurückblieben.

Seit dem 11. Plenum des EKKI ist ein Jahr verfloßen, eine genügende Zeitspanne, um eine Bilanz zu ziehen. Ist dieses Zurückbleiben liquidiert worden?

Drei Viertel des Jahres 1931 und das erste Viertel 1932 brachten eine starke Verschlechterung der Lage der werktätigen Massen: der Arbeiter und der klein- und mittelbäuerlichen Massen. Die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien sowie die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten, hinter denen noch bedeutende Arbeiter- und Angestelltenmassen stehen, sind schon längst restlos ins Lager der Bourgeoisie übergegangen und verraten und verraten alltäglich die Interessen der Arbeiterklasse. Während dieser Zeit ist der Aufschwung der revolutionären Arbeiter- und Bauernbewegung nicht gesunken, sondern in einigen Ländern (Spanien, Polen, Tschechoslowakei, China, Japan, Indien, Amerika, Frankreich) sogar gestiegen. Indessen bleiben in den wichtigsten imperialistischen Ländern (England, Amerika, Deutschland, Frankreich) die kommunistischen Parteien in nicht geringerem Maße als vor dem 11. Plenum des EKKI zurück. Dieses Zurückbleiben hat in jedem Lande seine objektiven Ursachen. Das bedeutet jedoch keineswegs, daß hierbei nicht der subjektive Faktor eine überaus wichtige Rolle spielt — die Unfähigkeit der kommunistischen Parteien, die Unzufriedenheit der breitesten Massen der kommunistischen der Senkung des Lebensniveaus, mit der Arbeitslosigkeit, mit der Hungersnot, mit den Steuerlasten, mit den Handlungen der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien sowie der reformistischen Gewerkschaftsbürokraten auszunützen.

Woraus erklärt sich diese Unfähigkeit, die Arbeitermassen von den sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien und Reformisten zu erobern, die Unfähigkeit, diejenigen, die zur kommunistischen Partei und zur revolutionären Gewerkschaftsbewegung übergingen, zusammenzuschließen, zu organisieren und in den eigenen Reihen festzuhalten?

Hauptsächlich durch die in den kommunistischen Parteien, roten Gewerkschaften und Gewerkschaftsoppositionen noch tief verwurzelten sozialdemokratischen und reformistischen Traditionen auf allen Gebieten der Partei- und Gewerkschaftsarbeit. Durch Gegenüberstellung der bolschewistischen und sozialdemokratischen Methoden der Massenarbeit, der Organisationsformen, der Einschätzung der gegenwärtigen Lage und der Festsetzung der Taktik wollen wir im folgenden aufzeigen, daß die Sektionen der Komintern in den kapitalistischen Ländern bei ihrer Entstehung vieles aus der Praxis der sozialdemokratischen Parteien übernommen und bis heute nicht wenig beibehalten haben.

Im zaristischen Rußland herrschte der Absolutismus, herrschte der feudalistisch-guttherrliche Klügel. Unerträglich war nicht nur die Lage der Arbeiter, sondern auch der Bauern. Das ganze Kleinbürgertum (und sogar die erst entstandene liberale Bourgeoisie) war mit dem Absolutismus unzufrieden (daher, nebenbei gesagt, die starke Beteiligung der Intelligenz und der Studenten an der revolutionären Bewegung gegen den Absolutismus im Jahre 1905). Rußland ging, wie die Ereignisse von 1905 bestätigten, der bürgerlich-demokratischen Revolution entgegen. Aus diesem Anlaß schrieb Lenin im März 1905:

„Objektiv hat jetzt der historische Gang der Dinge das russische Proletariat gerade vor die Aufgabe des demokratischen bürgerlichen Umsturzes gestellt ... vor derselben Aufgabe steht das ganze Volk, d. h. die ganze Masse des Kleinbürgertums und der Bauernschaft; ohne diesen Umsturz ist eine halbwegs großzügige Entwicklung

einer selbständigen Klassenorganisation für den sozialistischen Umsturz undenkbar.“ (Lenin, „Die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“, „Sämtliche Werke“, Bd. VII, S. 237f.)

Diese Periode der bürgerlich-demokratischen Revolution hatten in den 90er Jahren die wichtigsten Länder des Auslandes schon hinter sich. Die bürgerlich-demokratischen Revolutionen vollzogen sich dort unter der Führung der Bourgeoisie, wurden vollbracht vom Proletariat und dem Kleinbürgertum. Revolutionäre Arbeiterparteien gab es damals nicht.

Die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien, die in den 90er Jahren im Ausland bereits als Massenparteien bestanden, hatten sich in den entscheidenden Ländern dem bestehenden Regime und der Gesetzgebung angepaßt. Vor dem Weltkrieg war der politische Kampf, den die sozialdemokratischen Parteien führten, ein Kampf für Reformen auf dem Gebiet der sozialen Gesetzgebung und für das allgemeine Wahlrecht, und dabei hauptsächlich ein Kampf mittels des Stimmzettels.

Verzichteten sie in Worten auch nicht auf das Endziel des Kampfes des Proletariats, auf den Sozialismus, so unternahmen sie in der Tat nichts Ernsthaftes, um revolutionäre Kämpfe vorzubereiten und zu führen, die hierzu erforderlichen Kader zu erziehen, den Parteiorganisationen eine revolutionäre Einstellung zu geben, im Prozeß des Kampfes die bürgerliche Gesetzlichkeit zu durchbrechen usw. Die ganze Einstellung der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien lief darauf hinaus, daß sie mittels des allgemeinen, gleichen usw. Wahlrechts die Mehrheit in den Parlamenten erreichen wollten, dann würden sie den „Sozialismus einführen“. Versuche einer solchen Anpassung, die von der illegalen bolschewistischen Partei mit aller Kraft abgewehrt wurden, fanden auch in Rußland, bei den liquidatorischen Menschewiki (und Trotzki), ihren Ausdruck. Sie erklärten das Stolypinsche Regime für ein bürgerliches und waren bestrebt, sich ihm anzupassen, indem sie zur legalen Tätigkeit übergingen, nach dem Vorbild der westeuropäischen sozialistischen Parteien für Reformen kämpften. Die Menschewiki ignorierten die Tatsache, daß die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution 1905 ungelöst geblieben waren. Die Rolle der Gewerkschaften im Westen wurde bewußt eingeschränkt und bestand darin, daß sie nichts mehr als eine Nebenorganisation breiter Arbeitermassen sein sollten, und, wenn auch wichtige, so doch nur die wirtschaftlichen Tagesinteressen der Arbeiterklasse verteidigen, sich die Aufgabe des Sturzes der Bourgeoisie und der Errichtung der Diktatur des Proletariats überhaupt nicht stellen sollten. Das ganze Gebiet der „reinen“ Politik überließen sie ausschließlich den politischen Parteien. Die Gewerkschaften setzten sich keine anderen Ziele als den Abschluß von Tarifverträgen und die Führung von Wirtschaftsstreiks. Noch reformistischer war die Rolle der Arbeitergenossenschaften. Die Gewerkschaften gerieten in der Frage der Ausrufung von politischen Streiks und in der Frage von revolutionären Feiertagen mitunter sogar mit den sozialdemokratischen Parteien in Widerspruch. Die Genossenschaften dagegen kollidierten mit den Gewerkschaften, die von den Arbeitergenossenschaften während der wirtschaftlichen Streiks Hilfe erwarteten. Daher verhielten sich die ausländischen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien so tolerant zu der Bernsteinschen Revision der Grundsätze des Marxismus, ohne an eine Spaltung auch nur zu denken, ob-

Unter welchen Bedingungen entstanden die bolschewistische Partei im zaristischen Rußland einerseits und die sozialdemokratischen Parteien im Westen anderseits?

Legale Parteien gab es im zaristischen Rußland bis zum Jahre 1905 überhaupt nicht. Selbst die liberale Bourgeoisie mußte ihr Parteiorgan, das „Oswobodnennje“, im Ausland (Stuttgart) herausgeben. Im Ausland dagegen konnten die sozialdemokratischen Parteien fast während der ganzen Periode des Bestehens der Massenbewegung der Arbeiterschaft nicht nur vor dem Kriege, sondern auch während des Krieges frei bestehen (abgesehen von wenigen und vorübergehenden Ausnahmen, so z. B. dem Sozialistenrat in Deutschland).

In den ausschlaggebenden kapitalistischen Ländern (Frankreich, Deutschland, England, Amerika, Tschechoslowakei und einer ganzen Reihe anderer Länder) bestehen heute die kommunistischen Parteien mehr oder weniger legal. Eben von diesen Parteien wird die Rede sein. Sie werde ich der bolschewistischen Partei im früheren zaristischen Rußland gegenüberhalten und mit dieser vergleichen.

Bis 1905 gab es in Rußland keine legalen Massengewerkschaften. Nach 1905, nach ihrer Gründung durch die SDAPR (Bolschewiki und Menschewiki) führten sie bis zum Jahre 1912 ein kümmerliches Dasein. Die Menschewiki waren bestrebt, den von ihnen geschaffenen Gewerkschaften die Funktionen und den Charakter zu verleihen, die denjenigen der Gewerkschaften in Westeuropa entsprachen. Geling ihnen das nicht, so nur dank dem unermüdllichen Kampf der Bolschewiki gegen diese Versuche innerhalb der Arbeitermassenorganisationen. Die Menschewiki-Liquidatoren versuchten in der Periode der Reaktion, die Partei durch die Gewerkschaften zu ersetzen. Während des Weltkrieges bis zur Februarrevolution waren die Gewerkschaften entweder verboten oder unter solche polizeiliche Bedingungen gestellt, daß sie nicht normal funktionieren konnten. Im Ausland, in den wichtigsten Ländern (in England, Amerika, Italien) wurden die Gewerkschaften vor der Organisation der sozialdemokratischen Parteien geschaffen. In Frankreich war die Gewerkschaftsbewegung vom Syndikalismus durchsetzt, der die politischen Parteien ignorierte. Zugleich gehörten in einigen Ländern (so in England, Belgien, Schweden usw.) die Gewerkschaften den Arbeiterparteien kollektiv an so daß man bis zu einem gewissen Grade sagen kann, daß einige Parteien aus den Gewerkschaften gebildet wurden. Selbst hinsichtlich Deutschlands kann man sagen, daß die Gewerkschaftsbewegung aller ist als die selbständigen politischen Arbeiterparteien. In den sechziger Jahren entstanden und arbeiteten in verschiedenen Arbeiterzentren die Gewerkschaften (z. B. der Setzer, der Zigarrenarbeiter in Berlin usw.) früher als die Arbeiterbildungsvereine, aus denen in Deutschland die zwei Arbeiterparteien hervorgingen: die Lassalleaner und die Eisenacher (die später die deutsche Sozialdemokratische Partei bildeten), die sich von der bürgerlichen Nabelschnur, der fortschrittlichen Partei lösten. Die Streiks der Arbeiter spielten sich ohne die Führung politischer Parteien ab, besonders in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre

wohl einige sozialdemokratische Parteien Revolutionen gegen die Opportunisten, Revisionisten und Reformisten annahmen. Denn die ganze Arbeit der sozialdemokratischen Parteien und der von ihnen geführten Arbeiterorganisationen war in der Praxis vom Bernsteinianertum durchsetzt.

Ganz anders lagen die Dinge im zaristischen Rußland. In den 90er Jahren bestanden in allen Städten, besonders in den Industriezentren des früheren Russischen Reiches, neben den Gruppen der Narodniki auch Organisationen der Sozialdemokratie. In diesen existierten gleich im Anfang ihrer Entstehung verschiedene Strömungen, die miteinander kämpften: „Oekonomisten“, Bundisten mit ihren Forderungen der kulturellen und nationalen Autonomie, die sich den „Oekonomisten“ angeschlossen, revolutionäre Sozialdemokraten und der sozialdemokratische „Sumpt“, dessen Anhänger bald nach der einen, bald nach der anderen Seite neigten. Die sozialdemokratische Zeitung „Iskra“, mit deren Herausgabe die revolutionären Sozialdemokraten unter der Führung Lenins begannen, kämpfte vom ersten Tag ihres Erscheinens an gegen alle Abweichungen vom Marxismus überhaupt und besonders gegen den „Oekonomismus“.

Lenin und die revolutionären Iskristen, die auf dem 2. Parteitag die Mehrheit erhielten (Bolschewiki), setzten in ihrer konsequenten Arbeit die revolutionäre sozialdemokratische Linie der alten „Iskra“ fort. Im unermüdllichen Kampf gegen den Menschewismus, das Liquidatorertum, gegen den Otzowismus, gegen den Trotzismus, die rechten Abweichungen, den Opportunismus in der Praxis, das Sektierertum, das Versöhnlerertum innerhalb der Partei, gegen alle Abweichungen von der Parteilinie, im Kampf für die Eroberung, Erhaltung und Festigung der Hegemonie des Proletariats in der bürgerlich-demokratischen Revolution, im selbstverleugnenden revolutionären Kampf gegen den zaristischen Absolutismus, im unermüdllichen Kampf gegen die liberale Bourgeoisie, die eine Verständigung mit dem zaristischen Absolutismus suchte und bestrebt war, die russische Revolution auf den „preussischen Weg“ zu drängen, im Kampf gegen die gesamte kapitalistische Ordnung schiedete die bolschewistische Partei unter der Führung Lenins in allen Etappen der bürgerlich-demokratischen Revolution die bolschewistische Strategie und Taktik, die Methoden der Massenarbeit, die Organisationsprinzipien und den bolschewistischen Parteaufbau. Die Bolschewiki in Rußland brauchten nicht, wie dies bei den kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder der Fall ist, die alten, eingebürgerten opportunistischen und reformistischen Traditionen in der Taktik, Organisation und in den Methoden der Arbeit zu überwinden. Hinzu kam, daß die Bolschewiki die Lehren der bürgerlich-demokratischen Revolutionen, die Rolle der liberalen Bourgeoisie in diesen eifrig studierten und sich aneigneten, alles Schlechte in der Theorie, im Programm und in der Praxis der westlichen sozialdemokratischen Parteien und in den Massenorganisationen der Arbeiter beiseiteschoben, alles Gute übernahmen.

Für die Stellungnahme einer der politisch aktivsten damaligen Arbeiterparteien zum Streik ist der Beschluß der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (einer von Lassalle und nach seinem Tode von Schweizer geführten politischen Partei) in Hamburg im August 1868 äußerst kennzeichnend. Die Versammlung sprach sich mit 3417 Stimmen nicht für die Führung von Streiks, sondern bloß für ein freundschaftliches Verhalten zu den Streiks aus, wobei sich die Minderheit mit 2583 Stimmen sogar gegen diese ziemlich unbestimmte Formulierung wandte. Die Versammlung lehnte den Vorschlag ab, einen deutschen Arbeiterkongreß zur Gründung von allgemeinen Arbeitergewerkschaften einzuberufen. Unnötig zu sagen, daß einzelne Sozialisten wie auch im besonderen die erste Internationale, die von Marx und Engels geführt wurde, einen sehr großen Einfluß auf die entstehenden Gewerkschaften und die Streiks ausübten. Tatsache bleibt aber, daß selbst in Deutschland in dieser Epoche die politischen Parteien keine Streiks organisierten und nicht die Gewerkschaften führten. Im weiteren Verlauf, nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes, erwiesen sich die deutschen Gewerkschaften immerhin weniger exponiert als die politische, die Sozialdemokratische Partei. Die stürmische Entwicklung des Kapitalismus stärkte die Gewerkschaftsbewegung trotz den Verfolgungen. Unter den entstandenen Verhältnissen konnte es nicht anders sein: die Gewerkschaften vergrößerten ihre Selbständigkeit. Die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie, auf die die Funktionen des Parteivorstandes übergegangen waren, leitete nicht den wirtschaftlichen Kampf des Proletariats, beschäftigte sich mit parlamentarisch-politischen Fragen. So bildete sich schon in der ersten Zeit des Bestehens der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsorganisationen bei diesen die „Tendenz zur Selbständigkeitsheraus. Im zaristischen Rußland dagegen lag die Führung des ganzen wirtschaftlichen und des politischen Kampfes in den Händen der Parteiorganisationen der Bolschewiki. Im Ausland waren die Funktionen zwischen den Gewerkschaften und den sozialdemokratischen Parteien verteilt: die Parteien beschäftigten sich mit der reinen Politik, die Gewerkschaften mit dem Wirtschaftskampf. Es muß betont werden, daß einige kommunistische Parteien in den kapitalistischen Ländern es selbst jetzt nicht als ihre Aufgabe betrachten, sich mit der Führung des wirtschaftlichen Kampfes zu beschäftigen. Sie überlassen ihn restlos der Gewerkschaftsopposition oder den roten Gewerkschaften. Somit sind diese sozialdemokratischen Traditionen auf die kommunistischen Parteien übergegangen. In den Ländern wiederum, wo die kommunistischen Parteien Streiks organisieren und sich mit der Gewerkschaftsbewegung befassen, sind Fälle von sektiererischer Einstellung zu beobachten. Mit großer Mühe machen sich die kommunistischen Parteien davon frei.

Bolschewistische und sozialdemokratische Formen der Parteiorganisation

Im zaristischen Rußland gab es bis 1905 keine Wahlen und keine Wahlkampagnen. An den Wahlen zu den Stadtdumas und Semstwo nahmen weder die Bauern noch die Arbeiter teil. Sie hatten kein Stimmrecht. Nach

1905, als anläßlich der Dumawahlen besondere Abstimmungsverschriften für die Arbeiter erlassen worden waren, wurden spezielle Arbeiterkurien eingerichtet. Die Arbeiter stimmten betriebsweise.

Die Illegalität aller Parteien im zaristischen Rußland vor 1905, das Fehlen von Wahlen und gleichzeitig (als wichtigstes) die richtige Stellung der Bolschewiki zum Parteaufbau — diese waren Parteimitglieder unter den Arbeitern in den Betrieben, schufen politische und Selbstbildungszirkel aus Betriebsarbeitern — dies waren die Eigenümlichkeiten bei der Bildung der bolschewistischen Partei im zaristischen Rußland. Die Illegalität der Partei der Bolschewiki zwang sie, neben den anderen bereits angegebene Ursachen, Parteigruppen in den Betrieben zu schaffen. Denn dort war es leichter und bequemer zu arbeiten. Der Parteaufbau der Bolschewiki nahm also seinen Anfang im Betrieb. Dies zeitigte glänzende Resultate sowohl in den Jahren der Reaktion, nach der Februarrevolution als auch besonders während des Oktoberaufstandes von 1917, des Bürgerkrieges und des großen Aufbaus des Sozialismus. Während der Reaktion nach 1908, als die örtlichen Parteikomitees und die Leitung der Partei (das Zentralkomitee) zeitweise zerstört waren, blieb dennoch in den Betrieben die Grundlage bestehen, waren — wenn auch kleine — Parteizellen vorhanden, die die Arbeit fortführten. Nach der Februarrevolution erfolgten die Wahlen zu den Sowjets der Arbeiterdeputierten ebenfalls auf der Grundlage der Betriebe. Bemerkenswert ist, daß auch die Wahlen zu den Stadt- und Bezirkadumas und zur Konstituante, die nicht betriebsweise, sondern nach Wohnbezirken erfolgten, nach der Februar- und nach der Oktoberrevolution von der bolschewistischen Partei ebenfalls mit großem Erfolg durchgeführt wurden, obwohl sie über keine Wohnbezirksorganisationen verfügte und die Agitation sich auf die Betriebe und Kasernen konzentrierte. Die Zellen, Bezirks- und Stadtleitungen führten die Wahlkampagne durch, ohne für die Wahlen besondere Wohnorganisationen zu schaffen. Die unteren Parteiorganisationen der Partei der Bolschewiki befanden sich die ganze Zeit an der Arbeitsstätte der Mitglieder.

Ganz anders verhielt es sich im Ausland. Dort erfolgten die Wahlen nicht betriebsweise, sondern nach Wahlkreisen, in den Wohnbezirken der Wähler. Die Hauptaufgabe, die sich die sozialdemokratischen Parteien stellten, war die Durchführung der Wahlen, der Kampf mittels des Stimmzettels. Daher war die Parteiorganisation ebenfalls nach den Wohnbezirken der Parteimitglieder aufgebaut, um sie so leichter für die Wahlkampagne in den entsprechenden Wahlkreisen zu organisieren.

Man kann aber nicht sagen, daß die sozialdemokratischen Parteien mit den Betrieben nicht verbunden waren. Die Verbindung bestand durch die Gewerkschaften, an deren Spitze Mitglieder der sozialdemokratischen Parteien standen. Die Gewerkschaften waren zwar nicht auf der Grundlage der Betriebe aufgebaut, hatten aber in den Betrieben ihre Vertrauensleute, ihre Kassierer. Da diese Vertrauensleute und Kassierer in der Regel Sozialdemokraten waren, so waren eben die sozialdemokratischen Parteien durch sie, durch die Gewerkschaften, mit den Betrieben verbunden. Als die kommunistischen Parteien entstanden (in den einen Ländern durch Spaltung und Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei, in den anderen, so in der Tschechoslowakei und in Frankreich, durch den Beschluß der Mehrheit der

Partei, der Kommunistischen Internationale beizutreten, wonach sich die zurückgebliebene Minderheit als Sozialdemokratische Partei konstituierte). Sie taten dies, obwohl die kommunistischen Parteien sich vom ersten Augenblick ihrer Gründung an ganz andere Aufgaben stellten als die sozialdemokratischen Parteien. Sie machten sich zur Aufgabe den Sturz der Bourgeoisie und die Eroberung der Macht durch das Proletariat, während die Bourgeoisie nationale Sozialdemokratie während des Krieges die eigene Bourgeoisie unterstützte und nach dem Kriege zur sozialen Hauptstütze der Bourgeoisie wurde. Trotzdem bauten die kommunistischen Parteien ihre Organisationen genau so wie die Sozialdemokraten auf: nach Wahlkreisen, nach dem Wohnort der Parteimitglieder und der Wähler. Dazu muß noch gesagt werden, daß sie keine gewerkschaftlichen Organisationen hatten, und daß diese Organisationen, wo sie solche schufen, keine feste organisatorische Verbindung mit dem Betrieb besaßen und sie bis heute noch nicht besitzen. Somit wurden die Parteiorganisationen der Kommunisten in den kapitalistischen Ländern ohne die Grundlage einer ständigen organisatorischen Verbindung mit den Betrieben aufgebaut. Das ist der Hauptmangel im Aufbau der kommunistischen Parteien, der in den internationalen kommunistischen Partischierten werden muß. Obwohl die kommunistischen Parteien andere Aufgaben haben, sind ihre Parteiorganisationen wie die sozialdemokratischen aufgebaut. Ist die Sozialdemokratie mit den Betrieben durch die Gewerkschaften verbunden, so verfügt die kommunistischen Parteien, selbst diejenigen, die einen großen Einfluß auf die roten Gewerkschaften ausüben (so die KP der Tschechoslowakei und die KP Frankreichs), bei der Schaffung von Parteiorganisationen nicht einmal über einen solchen Kontakt mit den Betrieben. Die kommunistischen Parteien übernahmen sofort nach ihrer Entstehung die organisatorischen Formen der Sozialdemokratischen Partei, aufbaus nicht kannten. Während des Krieges und Methoden des Parteiaufbaus bestimmten aber in vielen Ländern die Betriebsarbeiter nach dem Mitte revolutionäre Vertrauensleute, die in Deutschland während des Krieges bei den großen Streiks eine wichtige Rolle spielten, wählten Betriebsräte (z. B. die shop stewards in England) und sandten sogar ihre Vertreter in die Organisation der Arbeiter nach dem Prinzip der Arbeitsstelle gegenüber dem Prinzip des Wohnbezirks überzeugen. Nachdem jedoch die revolutionäre Welle zurückgegangen war, gewannen die sozialdemokratischen Traditionen wieder die Oberhand über die Formen der Organisation, die sich den bolschewistischen Formen der Arbeit in den Betrieben näherten. Das war die Hauptursache, daß die kommunistischen Parteien, besonders die mittleren und unteren Parteiorganisationen, die revolutionären Gewerkschaftsorganisationen und die Kader, auf deren Schultern faktisch die ganze Partei- und revolutionäre Arbeit ruhte, damals auf die fast bolschewistischen Methoden der Arbeit in den Betrieben verzichteten und daß sie sich jetzt, ohne den notwendigen Widerstand der Parteileitung zu finden, weigern, diese Methoden

zu übernehmen, obwohl sie sich bereits als den sozialdemokratischen Methoden überlegen erwiesen haben.

Daß das Fehlen von Parteiorganisationen in den Betrieben sich sehr stark auf die Arbeit der kommunistischen Parteien auswirkt, zeigt selbst ein solches Beispiel wie das Jahr 1923 in Deutschland, als die Kommunistische Partei die revolutionäre Situation nicht für den Sturz der Bourgeoisie ausnutzte, nicht nur deswegen, weil es an einer wirklich revolutionären Führung mangelte, sondern auch nicht zuletzt wegen des Fehlens von festen, umfassenden Verbindungen mit den Arbeitern in den Betrieben. Im Jahre 1923 ging die Sozialdemokratische Partei Deutschlands stark zurück. Die Flucht der Mitglieder hatte einen beispiellosen Umfang angenommen. Während die reformistischen Gewerkschaften im Jahre 1922 9 Millionen Mitglieder zählten (7 895 065 im ADGB, der Rest im AFA-Bund) hatte der ADGB im Jahre 1923 kaum noch 3 Millionen. Der Apparat der reformistischen Gewerkschaften zerfiel, es war kein Geld für die Gehaltszahlung an die Gewerkschaftsbeamten vorhanden. Die KPD hätte damals die Macht erobern können, wenn sie eine revolutionäre Führung besessen, einen wirklichen Kampf gegen die SPD und die Reformisten geführt hätte und mit den Betrieben fest verbunden gewesen wäre, wenn sie mit den Stimmungen der Arbeiter in den Betrieben vorlaut gewesen wäre, sie mobilisiert hätte durch Anwendung der revolutionären Taktik der Einheitsfront im Kampfe für die Diktatur des Proletariats, an Stelle der Brandlerschen Einheitsfront mit der „linken“ Sozialdemokratie in Sachsen und ihrer Zeigner-Regierung. Die Versammlung, die die Brandlersche opportunistische Führung 1923 einberief, um die Frage, ob man die Aktion beginnen oder nicht beginnen solle, zu entscheiden, bestand hauptsächlich aus Parteifunktionären, Genossenschafts- und Gewerkschaftsfunktionären, unter denen sich nicht wenige rechte Opportunisten à la Brandler, Thalheimer, Walcher befanden, die keine Verbindung mit den Massen hatten, die nicht wußten, wie die Arbeitermassen leben, was sie denken. Diese Versammlung beschloß, daß man nicht losschlagen soll.

Betriebszellen und Straßenzellen

Im zaristischen Rußland nutzten die Zellen (oder einzelne Bolschewiki in den Betrieben, soweit es dort keine Parteizellen gab) in ihrer mündlichen Agitation von Mann zu Mann, in den Flugblättern, in den Meetings vor dem Betrieb, im Hofe des Betriebs und auf den Versammlungen der Klassenbeweiser und revolutionären Arbeiter alle Mißstände im Betrieb aus, wie Grobheit der Meister, Prellereien bei der Lohnauszahlung, Geldstrafen, Verweigerung der Unfallentschädigung durch die Betriebsverwaltung usw. Die Bolschewiki zeigten den Zusammenhang zwischen den Mißständen in den Betrieben und dem Absolutismus auf. Denn bei Streiks und Protestaktionen gegen die Unternehmer bekamen die Arbeiter die Zarenknote, Gefängnis und Verbannung am eigenen Leibe zu spüren. Zugleich wurde in der Agitation der Parteizellen der Absolutismus mit der kapitalistischen Ordnung verknüpft. Daher ergab sich bei den Bolschewiki vom Anfang der Arbeiterbewegung an eine Verbindung der wirtschaftlichen mit den politischen For-

derungen, des wirtschaftlichen und des politischen Kampfes. War die Stimmung der Arbeiter in den Betrieben für einen Streik günstig, so übernahmen die bolschewistischen Zellen die Führung. Ein Streik in einer Abteilung griff auf alle Abteilungen über, ein Streik in einem Betrieb erfaßte andere Betriebe und Streiks in den Betrieben nahmen unter dem Einfluß und unter der Führung der Parteiorganisation der Bolschewiki oft die Form von Straßendemonstrationen an. So schlugen wirtschaftliche Streiks in den politischen Kampf um.

In der Geschichte der Arbeiterbewegung des zaristischen Rußlands finden wir nicht selten Fälle, wo Streiks einzelner Betriebe sich zu einem Streik der Betriebe der ganzen Stadt gestalteten und auf andere Städte übergriffen. Alle solche Streiks forderten trotz der illegalen Arbeit der Bolschewiki ungeheure Opfer von ihnen und von den revolutionären Arbeitern. An dem Beispiel dieser Opfer, im Kampfe, in der täglichen Kleinarbeit wuchsen jedoch immer neue Kader heran, die den Kampf fortsetzten. So wurden die Zellen der Bolschewiki zu Organisatoren des Kampfes der Massen. Sie führten den wirtschaftlichen und den politischen Kampf.

Der dritte Kongreß der Komintern im Jahre 1921 nahm die ersten Thesen über den Parteaufbau der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern an. Dieser Beschluß des dritten Kongresses fand bis 1924 in den kommunistischen Parteien keinen Widerhall. Heute gibt es in allen kommunistischen Parteien bereits Betriebszellen. In den meisten Fällen, besonders in den legalen Parteien, arbeiten sie aber faktisch nicht in den Betrieben. In einer Reihe von kommunistischen Parteien haben sich die sozialdemokratischen Traditionen im Parteaufbau so sehr eingebürgert, daß die Parteimitglieder selbst dann noch unter ihrem Einfluß stehen, wenn sie schon bolschewistische Formen der Organisation anwenden. Betriebszellen der Partei bestehen bereits in vielen Betrieben, sie haben aber bei weitem noch nicht die Methoden ihrer Arbeit geändert, sie beraten Parteifragen, beteiligen sich an den Betriebsrätewahlen, geben mitunter sogar Betriebszeitschriften heraus, sie beschäftigen sich aber nicht mit den Betriebsfragen, treiben keine mündliche, individuelle Agitation in dem Betrieb, vor dem Betrieb, in der Straßenbahn, in der Untergrundbahn und in den Zügen auf der Fahrt von und zur Arbeit. Sie organisieren selten Diskussionen in den Betriebsversammlungen, die vom Betriebsrat einberufen werden und auf denen Sozialdemokraten und Reformisten sprechen, obwohl man hier ihren Verrat am besten aufdecken und beweisen kann. Die Betriebszellen leiten nicht und kontrollieren nicht die Arbeit der Kommunisten in den von Reformisten geführten Betriebsräten. Sie lassen die roten Betriebsräte ohne Führung. Daher arbeiten die roten Betriebsräte häufig nicht besser als die reformistischen. Die wichtigsten Partei- und Gewerkschaftskampagnen werden von den Parteileitungen nicht durch die Betriebszellen durchgeführt. Selbst die Kampagnen zu den Gemeinde-, Landtags- und Parlamentswahlen, die ziemlich häufig stattfinden, werden bisher nicht von den Betriebszellen, sondern von den Straßenzellen geführt. Dies alles bringt es mit sich, daß die Betriebszellen von Streiks in Abteilungen und sogar in Betrieben, in denen die Zellenmitglieder beschäftigt sind, nicht selten erst nach ihrem Ausbruch erfahren. Sogar in den Fällen, wo die Betriebszellen und RGO-Gruppen oder roten Gewerkschaften Streiks

vorbereiten, stehen die Zellen und Gewerkschaftsgruppen, sobald erst die Streikleitung gewählt ist, abseits von der Führung, hören auf, als Organisation zu existieren, was sich die Reformisten selbstverständlich zunutze machen.

Das gilt für die Mehrzahl der Zellen, die in den Betrieben der kapitalistischen Länder bestehen. Dies besagt nicht, daß es dort nicht einzelne Zellen gibt, die glänzend arbeiten, die beweisen, daß das Betriebszellensystem dem sozialdemokratischen System des Parteaufbaus überlegen ist. Diese Zellen sind aber leider nur in der Minderheit, die überwiegende Mehrheit der Betriebszellen arbeitet nicht oder arbeitet im besten Falle schlecht. Noch immer ist es eine sehr häufige Erscheinung, daß nicht alle Parteimitglieder die im Betrieb stehenden der Betriebszelle angehören.

Die Partei der Bolschewiki hat nur eine Form der unteren Organisation gekannt: die Zelle im Betrieb, in den Institutionen, Kasernen usw. Im Hinblick auf die Verhältnisse im Ausland mußte die Komintern noch eine Ergänzungsf orm der Organisation -- die Straßenzelle einführen, und zwar für solche Parteimitglieder wie Hausfrauen, Kleingewerbetreibende usw. Die Straßenzellen sind für die Parteiarbeit im Wohnbezirk bestimmt. Den Straßenzellen müssen auch die erwerbslosen Mitglieder der Partei angehören, bis sie wieder Arbeit bekommen. Man kann nicht das erwerbslose Parteimitglied zwingen, sich zu dem Betrieb, wo es früher gearbeitet hat, zu begeben, um dort an den Zellsitzungen teilzunehmen (sofern es dort eine Zelle gibt), wenn die Erwerbslosen einfach nicht das Geld für die Fahrt besitzen. Die Straßenzellen haben bestimmte Aufgaben: Hausagitation, Verbreitung von Flugblättern, Unterstützung der Wahlkampagne, Unterstützung der Arbeit der Betriebszellen von außen.

In den Großstädten des Auslandes kommt es vor, daß die Arbeitsstelle sich in der Stadt befindet, der Arbeiter aber in einem entfernten Vorort, mitunter sogar in einem Städtchen lebt, das einige Dutzend Kilometer von der Stadt entfernt liegt. Abends und an den Feiertagen müssen die Parteimitglieder, deren Wohnung sich sehr weit von der Arbeitsstelle befindet, von den Bezirksleitungen und Straßenzellen für die Parteiarbeit im Wohnbezirk verwendet werden. Hierbei bleibt die Hauptarbeit solcher Parteimitglieder die Arbeit in der Zelle ihrer Betriebe.

Aber, statt daß dies nur eine Hilfsorganisation darstellt, haben die kommunistischen Parteien gerade den Weg der Straßenzellen gewählt. Sie haben Straßenzellen gegründet und diese Sache so betrieben, daß diesen Straßenzellen faktisch 80 und mitunter noch mehr Prozent der Parteimitglieder angehören. Mit anderen Worten, sie haben sich ein Hintertürchen offengelassen, durch das sie bestrebt sind, die alle Organisationsform einzuschmuggeln, die Organisation der Parteimitglieder nach Wohnbezirken aufrechtzuerhalten. Der ganze Kampf der Orgabteilung des EKKI im Verlauf von fünf Jahren, der bezweckte, daß die kommunistischen Parteien die Zusammensetzung der Straßenzellen prüfen und alle Betriebsarbeiter aus ihnen entfernen sollten, hat fast zu keinem Ergebnis geführt. Berichten wir die Zahlen der KPD, so ergibt sich, daß Ende Dezember 1930 1983 Betriebszellen und 6196 Straßenzellen bestanden haben. Sie sind zahlenmäßig stark, aber nur wenig aktiv. In anderen Fällen hat man, um nicht Betriebszellen

zu organisieren, sogenannte Sammelzellen geschaffen. Man faßt einige Mann aus verschiedenen Betrieben zu einer Gruppe zusammen, die diese Betriebe bearbeiten muß. Solche Zellen (hauptsächlich in England) haben nicht den Effekt erzielen können, den Betriebszellen erzielt hätten. In Frankreich bildete man Zellen in folgender Zusammensetzung: ein bis zwei Mann aus dem Betrieb und zwölf bis sechzehn Angeschlossene, und das nennt sich auch Betriebszelle! Diesen zwölf bis sechzehn Parteimitgliedern erscheint in den meisten Fällen das, was im Betrieb vor sich geht, unwichtig. Daher beschäufigen sich die Zellen selbstverständlich mit allem Möglichen, nur nicht mit dem Betrieb.

Die Schwierigkeiten bei der Arbeit der kommunistischen Zellen in den Betrieben der kapitalistischen Länder und die Methoden ihrer Überwindung

Gewiß, es gibt große Schwierigkeiten bei der Arbeit in den Betrieben; die beim Unterricht nicht unbeachtet bleiben dürfen. Im zaristischen Rußland war die Partei der Bolschewiki illegal und selbstverständlich waren auch die Zellen illegal. Als die Partei legal wurde, wurden auch die Zellen vollständig legal. Im Ausland ist es ganz anders. Die Parteien sind in den wichtigsten kapitalistischen Ländern legal, die Zellen dagegen müssen illegal sein. Es gelingt ihnen leider nicht, unbemerkt zu arbeiten. Die Unternehmer und ihre Spitzel spüren den revolutionären Arbeitern nach und schreiben sie aus dem Betrieb hinaus, ohne daß die reformistischen Gewerkschaften Protest erheben. Umgekehrt: sie sind häufig die Urheber der Entfernung von Kommunisten aus dem Betrieb. Soweit die Arbeit der Kommunisten im Betrieb in der Regel schwach ist, treten die Arbeiter nicht für die entlassenen Kommunisten ein (es hat natürlich auch umgekehrte Fälle gegeben). Unter solchen Umständen tun die Betriebszellen in der Mehrzahl der Fälle überhaupt nichts, oder ihre Mitglieder fliegen bei der geringsten Aktivität aus dem Betrieb, weil sie ihre, wenn auch kleine Arbeit nicht konspirativ gestalten können. Nicht selten fliegen Kommunisten auch dann aus dem Betrieb, wenn sie nichts machen, einfach wegen ihrer Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei. Die Lehrer der internationalen kommunistischen Partischulen müssen diese Schwierigkeit berücksichtigen. Die Kurssteilnehmer müssen bei der Behandlung der Arbeit in den illegalen kommunistischen Parteien darauf hingewiesen werden, wie solche Zellen ihre Arbeit organisieren können und müssen. Gerade hier kann die bolschewistische Erfahrung der illegalen Arbeit in den Betrieben zur zaristischen Zeit, die damals so glänzende Resultate zeitigte, angewandt werden. Man betrachte dies nicht als unwichtig. Die kommunistischen Parteien werden, weil sie es nicht verstehen, ihre Arbeit in den Betrieben konspirativ zu führen, stark geschädigt. Sie verlieren Kommunisten und revolutionäre Arbeiter, die aus dem Betrieb entfernt werden. Einigen Kommunisten mag es schimpflich erscheinen und erscheint es auch, daß die Sozialdemokraten, die Nationalisten und die Mitglieder der anderen Parteien ganz offen auftreten können, während sie, obwohl die kommunistische Partei legal ist, ihre Zugehörigkeit zur Partei verheimlichen müssen. Wird man etwa eine solche Ver-

heimlichung als Feigheit oder gar als rechten Opportunismus betrachten? Keineswegs. Feigheit und Opportunismus ist es, wenn Zellenmitglieder oder einzelne Kommunisten das Auftreten gegen die Reformisten und Sozialdemokraten in den Betriebsversammlungen scheuen oder vermeiden, wenn sie vorschlagen, der Senkung des Lebensniveaus der Arbeiter zuzustimmen, die Entlassung von Arbeitern zu billigen, oder wenn sie für die Vorschläge der Sozialdemokraten und Reformisten stimmen usw. Solche Fälle hat es leider gegeben. Es ist aber durchaus nicht notwendig, im Betrieb unnötig zu erklären: ich bin Kommunist, und, während man so schreibt, nicht immer kommunistische Arbeit zu leisten. Man kann und muß wirkliche Partiarbeit leisten, indem man die Losungen der Partei mit dem Tageskampf im Betrieb verknüpft, ohne sich als Mitglied der Partei oder der Zelle zu bezeichnen. Es findet sich immer die geeignete Form. Kann man denn nicht sagen: „ich habe heute folgende Mitteilung, dies oder jenes gelesen“, oder auch: „ein Arbeiter unseres oder eines Nachbarbetriebs hat mir erzählt...“ Mit einem Wort, immer im Sinne der Zellen- und Parteibeschlüsse, in der Form aber nicht marktschreierisch und sogar „barbarisch“. Selbst in den Fällen, wo jemand im Auftrage der Zelle in der Betriebsversammlung spricht, ist es nicht immer unbedingt erforderlich, daß man erklärt: „ich spreche im Auftrage der Zelle“. Die Hauptsache ist, daß die Ausführungen im Sinne der Zellenbeschlüsse sind. Die Vorschläge müssen sogar von der Zellenleitung ausgearbeitet oder bestätigt sein. Die übrigen Zellenmitglieder und die Sympathisierenden müssen nicht nur für die Vorschläge stimmen, die der beauftragte Zellengenosse macht, sondern auch unter den Arbeitern für diese Vorschläge agitieren.

In den illegalen Parteien liegen die Dinge anders. Die Partei wie auch die Zellen sind illegal. Aber selbst die illegalen Parteien maskieren leider auch noch schlecht ihre Arbeit.

Und dann noch eine große Schwierigkeit, die man beim Unterricht berücksichtigen und sehr scharf betonen muß. Im zaristischen Rußland waren die Betriebsvorschriften und das Regime im Betrieb milde im Vergleich zu der Lage in den Betrieben der höher entwickelten kapitalistischen Länder, besonders im Vergleich zur Gegenwart, nach der Durchführung der kapitalistischen Rationalisierung, die aus dem Arbeiter das letzte herauspreßt, und nach der Einführung des Fließband-systems. Bis zu dem Sturz des Zarismus zahlte die Bourgeoisie den Arbeitern so jämmerlich wenig, und die Arbeiter führten einen so energischen Kampf gegen die Verschlechterung der Betriebsordnung, daß die Fabrikanten im großen und ganzen auf die Einführung der Taylorschen Methoden der Arbeit und der Ausbeutung der Arbeiter verzichten mußten. Dies erleichterte die Partiarbeit im Betrieb. Hinzu kam, daß die Betriebsarbeiter, welchen sozialistischen Parteien sie auch immer angehörten, den wirtschaftlichen und politischen Kampf (Streiks, Demonstrationen und sogar Aufstände) gemeinsam mit den bolschewistischen Arbeitern führten. Dies bedeutete aber keineswegs, daß die bolschewistische Partei, die Zellen in den Betrieben

* Nach 1905 entstanden unter der Führung des Zarismus „Schwarzhundert“-Banden, die auf den Eisenbahnen, hauptsächlich unter den Angestellten, eine feste Tätigkeit entwickelten. In den Betrieben dagegen hatten sie unter den Arbeitern und Angestellten überhaupt keinen Einfluß.

und die einzelnen Bolschewiki mit dem Strom schwammen, daß sie in den Betrieben die bolschewistischen Prinzipien verbargen. Im Gegenteil, die Bolschewiki führten in den Betrieben, in den illegalen Zeitungen und Aufrufen eine heftige Kampagne gegen die Menschewiki, die Liquidatoren, den Trotzkismus, die Sozialrevolutionäre, Narodniki usw. Die Bolschewiki bewiesen durch ihre überzeugende Agitation, durch ihre Argumente im Streit mit den Mitgliedern der anderen Parteien, durch ihre begründeten und rechtzeitigen Vorschläge, durch die Kenntnis der Lage der Arbeiter im Betrieb, durch ihre Arbeitsmethoden, durch das Heranziehen der Arbeiter zur Entscheidung der Fragen, durch eingehende Vorbereitung des Kampfes und durch ihre organisatorischen Methoden — daß sie im Recht und den anderen Parteien überlegen waren. Daher gelang es der bolschewistischen Partei, in den Betrieben die Einheitsfront von unten mit den Arbeitern aller Richtungen während der ganzen Geschichte der Arbeiterbewegung in Rußland selbst dann herzustellen, als die Menschewiki über die „Streikwut“ der Bolschewiki in den Jahren 1912 bis 1914 schrien, und auch, als die Moskauer Bolschewiki im August 1917 unter Kerenski den Generalstreik gegen die in Moskau tagende Staatsberatung durchführten, auf der die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre die erste Geige spielten, und schließlich in den Oktobertagen von 1917, als die Bolschewiki den Aufstand gegen die Bourgeoisie, gegen die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre entfachten. Einige der erwähnten günstigen Bedingungen bestehen in den heutigen kommunistischen Parteien nicht. So müssen sie den wirtschaftlichen Kampf, und nicht nur den wirtschaftlichen, gleichzeitig gegen die Sozialdemokratie, gegen die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten, gegen die Faschisten, gegen die Gelben, gegen alle führen. Sie alle halten es mit den Unternehmern. Bei der geringsten Unvorsichtigkeit in der Arbeit fliegen die Kommunisten, Mitglieder der RGO oder der roten Gewerkschaften aus dem Betrieb. Dies verpflichtet zu solchen Arbeitsmethoden, die im Kampfe des revolutionären Proletariats bei geringsten Verlusten den größtmöglichen Nutzen ergeben.

Solche Methoden können nur die bewährten bolschewistischen Methoden sein. Die Kommunisten müssen — sie sind dazu verpflichtet — alle Schwierigkeiten überwinden. Je mehr Schwierigkeiten, desto emsiger und hartnäckiger muß die kommunistische Arbeit innerhalb des Betriebs, vor dem Betrieb und überall da sein, wo sich die Arbeiter, die noch im Betrieb stehen, und die Arbeitslosen befinden. Inhalt und Methoden der Arbeit müssen bolschewistisch sein. Man muß systematisch überzeugen und mit überzeugenden Argumenten begründen, nicht aber Andersdenkende beschimpfen, besonders nicht sozialdemokratische und reformistische Arbeiter. Man muß systematisch, mit Tatsachen, populär die Sozialdemokratie und die Reformisten entlarven, man darf aber dabei auch nicht die Nationalsozialisten und überhaupt alle jene gegnerischen Parteien vergessen, denen noch Arbeiter folgen. Agitation allein genügt aber nicht. Man muß den Kampf organisieren, man muß den Arbeitern beweisen, daß die Kommunisten imstande sind, den Kampf zu organisieren und die Manöver der Sozialdemokratie und der Reformisten zu durchkreuzen. Dies kann man durch bolschewistische Arbeits- und Organisationsmethoden erreichen, die nicht mechanisch, sondern entsprechend den konkreten Verhältnissen angewandt

werden müssen. Heute, wo sich die Lage der Arbeiter in allen kapitalistischen Ländern unglaublich verschlechtert hat, wo Millionen arbeitslos sind, wo alle Lasten der Wirtschaft- und Finanzkrise und dazu noch die Ausgaben für die Vorbereitung imperialistischer Kriege und des Ueberfalls auf die Sowjetunion auf die Werktätigen abgewälzt werden, ist es den kommunistischen Parteien möglich, wird es zu ihrer unbedingten Pflicht, alle Schwierigkeiten zu überwinden und ihre Arbeit zu verbessern.

Mitgliederwerbung und Fluktuation

Wie erfolgt die Werbung von Mitgliedern in den kommunistischen Parteien? Die Bolschewiki warben und werben revolutionäre Arbeiter in den Betrieben. Erst nach der Eroberung der Macht begannen sie, Parteiwochen zu organisieren, d. h. Kampagnen für die Werbung von Mitgliedern, ebenfalls in den Betrieben, durchzuführen. Bis zur Oktoberrevolution war bei den Bolschewiki die Grundlage ihrer Werbung die tagtägliche Arbeit. Wer in die Partei aufgenommen war, wurde zur Parteiarbeit herangezogen und in politischen Zirkeln geschult.

Wie erfolgt die Werbung in den kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder bis jetzt? Auf Meetings, in großen Volksversammlungen. Mitunter sogar auf der Straße (in England). Der Redner hat mit großer Begeisterung gesprochen, er hat den Arbeiter mitgerissen. Der Arbeiter erklärt, daß er in die Partei eintreten will. Setzen wir voraus, daß er dabei seine Adresse angibt. Unsere Partiorganisationen hatten es aber nie und haben es bis jetzt noch nicht sehr eilig, die Verbindung mit solchen Genossen sofort aufzunehmen, sie zur Partiorganisation heranzuziehen, sie auch nur in den Wohnungen auszusuchen, festzustellen, an welchem Betrieb sie arbeiten, um sie mit der Zelle dieses Betriebes oder mit der nächsten Straßenzelle in Verbindung zu bringen. Bis sie sich endlich aufrufen, ist eine große Anzahl jener, die ihren Beitritt erklärt hatten, verschwunden: sie haben ihren Wohnsitz verändert, sind in eine andere Stadt gezogen, oder ihr Eifer, in die kommunistische Organisation einzutreten, hat nachgelassen. Gerade weil die Aufnahme in die Partei nicht in den Betrieben erfolgt, nicht auf der Grundlage der Zellenarbeit im Betrieb, indem um die Zelle ein Aktivparteiloser Arbeiter, die in der Kleinarbeit und besonders während eines Streiks oder einer Demonstration sich ausgezeichnet haben, gebildet wird, ein Aktiv also, unter dem die Zelle neue Mitglieder für die Partei werben muß, verlassen selbst diejenigen, die wir schon erfaßt haben, die Partei. Ich könnte verblüffende Ziffern anführen, die die Fluktuation in den kommunistischen Parteien kennzeichnen.

Im Januar 1930 hatte die KPD nach eigenen Angaben 133 000 zahlende Mitglieder. Im Verlauf des Jahres 1930 wurden 143 000 neue Mitglieder aufgenommen, so daß es 1931 276 000 Mitglieder hätte geben müssen. Ende Dezember 1930 zählte aber die KPD nur 180 000 Mitglieder. Mithin waren 1930 aus der KPD 96 000 Mitglieder ausgestreut. Für das Jahr 1931 ergibt sich nach den Berechnungen der Organabteilung des EKKA auf Grund der Statistik der KPD das folgende Bild: 210 000 neue Mitglieder wurden aufgenommen, aus der Partei schieden nicht weniger als im Jahre 1930 aus-

Hätten alle diese Mitglieder die Partei verlassen, wenn die Parteiorganisationen gut gearbeitet hätten, wenn sie sich mit den neuen Mitgliedern beschäftigt, sie zur Parteiliebe herangezogen, sie mit geeigneter Literatur versorgt, sie gebildet und die neuen Mitglieder diesen Zirkeln zugeteilt hätten, damit sie dort geschult werden? Ständen unter solchen Umständen alle jene, die aus der Partei ausgetreten sind, heute außerhalb der KPd? Ich glaube nicht.

In einer Zeit, wo Arbeiter und Angestellte massenweise aus dem Betrieb fliegen, muß die Werbung von Parteimitgliedern vor allem unter den in den Großbetrieben der Schlüsselindustrien Beschäftigten erfolgen. Mit den Parteimitgliedern dieser Betriebe und Industrien, und in erster Linie mit den Neuaufgenommenen, muß sich die Partei besonders beschäftigen: man muß alle Fragen der Tagespolitik der Partei auf sämtlichen Gebieten mit ihnen durcharbeiten. Man muß mit ihnen die Reden, die sie auf den Betriebsversammlungen halten sollen, wiederholt durcharbeiten; auch für ihre mündliche Agitation unter den Arbeitern des Betriebes müssen sie mit Material gegen die Sozialdemokraten, die Reformisten, die Nationalsozialisten, die Regierung usw. versorgt werden. Die gleiche Arbeit muß zumindest mit den Funktionären durchgeführt werden, die die Partei- und Gewerkschaftsarbeit unter den Arbeitslosen und innerhalb der reformistischen Gewerkschaften leisten. Wird eine solche Arbeit durchgeführt, dann wird die Abwanderung älter und neuer Parteimitglieder nachlassen. Die Tatsache, daß Tausende und Zehntausende in die kommunistischen Parteien und in die revolutionären Gewerkschaftsorganisationen eintreten, beweist doch, daß die Arbeiter mit den Lösungen, der Taktik und mit dem Programm der kommunistischen Parteien und der Massenorganisationen einverstanden sind. Das Leben in den Organisationen und ihre Tätigkeit befriedigt aber die revolutionären Arbeiter nicht. Daher scheidet ein großer Teil der Aufgenommenen wieder aus. Für die Lehrer an den internationalen kommunistischen Parteischulen wie auch für das Aktiv, für die Kader, die Parteiarbeit leisten sollen, sind diese Fragen der Werbung und Erhaltung des neuen Mitgliederbestandes keineswegs gleichgültig. Auf sie muß besondere Aufmerksamkeit gelenkt werden. Man muß diese Fragen unbedingt studieren. Vielleicht haben die Lehrer, die von mir erwähnten Erscheinungen auch berücksichtigt. Ich sage aber, daß ich von der Praxis und den praktischen Resultaten ausgehe. Auf diesem Gebiet zeigt sich, daß die kommunistischen Parteien bisher nicht solche Kader erhalten haben, die sie für den richtigen Aufbau der Parteiorganisationen brauchen.

Parteilösungen, innerparteiliche Demokratie, Parteidisziplin, Methoden der Führung, Selbstkritik demokratischer Zentralismus, Fragen der Kader

Nehmen wir die Parteilösungen. Als die Bolschewiki unter dem zaristischen Regime und später ihre Partei aufbauten, waren die Parteilösungen kollektive Organe. Alle Mitglieder nahmen an der Lösung der Fragen teil. Jedes Mitglied der Parteilösung hatte dazu noch seine besonderen Funktionen.

Die Parteilösung der Governements und der Städte berieten und entschieden alle Fragen, die mit dem wirtschaftlichen und politischen Kampf

des Proletariats zusammenhängen, im Rahmen der Beschlüsse der Parteitage und der Plenums des ZK, der Direktiven des ZK und des Zentralorgans sowie der Weisungen Lenins. Sie beschränkten sich nicht nur auf Beratungen und Anweisungen, wie diese Beschlüsse und Direktiven in dem betreffenden Governement oder der betreffenden Stadt angewandt werden müssen, sie nahmen auch noch auf sich die Organisation der Durchführung dieser Beschlüsse, erläuterten und popularisierten sie. Besondere Aufmerksamkeit lenkten sie auf die Bezirksleitungen, die mit den Zellen in den Betrieben in unmittelbarer Verbindung standen. Sie achteten darauf, daß in allen Parteiorganisationen, besonders in den Zellen, die Beschlüsse der Partei und die Direktiven der Parteilösungen beraten, eigene Beschlüsse zu diesen gefaßt und die Methoden für ihre Verwirklichung festgelegt wurden. Sie achteten darauf, daß in den Parteiorganisationen die innerparteiliche Demokratie nicht durchbrochen, aber auch gleichzeitig, daß in den Parteiorganisationen die strengste Parteidisziplin nicht verletzt wurde. Die Fragen wurden vor der Beschlußfassung beraten. Waren aber die Beschlüsse gefaßt, so mußten sie von allen Parteimitgliedern, auch von denen, die gegen sie aufgetreten waren und gegen sie gestimmt hatten, ohne Widerspruch durchgeführt werden. Dies hundert selbstverständlich nicht, daß die Parteilösungen nach Durchführung der Beschlüsse aufs schärfste kritisiert wurden und daß sie Selbstkritik übten usw. Die Kritik und Selbstkritik führten aber dazu, daß die Arbeitsmethoden der Führung besser wurden, daß man die Strategie und Taktik sorgfältiger ausarbeitete und die begangenen Fehler korrigierte. Die Leitung der Partei, die Parteilösungen in den Governements und in den Städten beschäftigten sich nicht nur mit "reiner" Politik. Sie berieten programmatische, taktische und organisatorische Fragen. Sie traten nicht die Politik von der Organisation, die Annahme der Beschlüsse von ihrer Durchführung. Es war in der erdrückenden Mehrheit der Fälle eine richtige, lebendige, revolutionäre, bolschewistische Führung. Daher war die "Schere" zwischen dem ideologischen Einfluß auf die Massen und seiner organisatorischen Verankerung nicht groß.

Ganz anders verhält es sich in den kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder. Dort gibt es sehr häufig keine Ortsleitungen der Partei. Sind solche vorhanden, so arbeitet dort im besten Falle nur ein Sekretär, mitunter ein besoldeter, manchmal aber auch ohne jede Vergütung für seine Arbeit, die Parteilösungen aber bestehen als Anhängsel der Sekretäre, sie funktionieren nicht ständig und nicht als kollektive Organe.

Wo Parteilösungen bestehen, werden die Berichte auf den Vollsitzen sehr häufig von den Sekretären erstattet und alles, was sie vorschlagen, wird angenommen, da die Parteilösungen (d. h. ihre Mitglieder) nicht auf dem laufenden sind. Diese Unterbezirksleitungen und die Parteilösungen in den Städten können selbstverständlich nicht die Arbeit der Zellen organisieren noch sie richtig anleiten. Auf die örtlichen Parteilösungen, besonders auf die unteren, muß verstärkte Aufmerksamkeit gelenkt werden.

Die Fälle sind nicht selten, wo die Beschlüsse der Parteitage und der ZK der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern in den Betriebszellen, Straßenzellen und territorialen Parteigruppen, von denen noch eine nicht unbeträchtliche Anzahl besteht, nicht beraten werden. Sie werden

von den Stadt- und Bezirksversammlungen der Funktionäre beraten — und Schluß.

Die Direktiven des Zentralkomitees und der Bezirksleitungen erreichen selten die Zellen. Sie bleiben in den Unterbezirksleitungen stecken, während doch die Direktiven z. B. für Massenkampagnen vor allem an die Zellen weitergeleitet werden müssen, weil gerade die Zellen den unmittelbaren Kontakt mit den Massen haben. Die Zellen und territorialen Partigruppen sind in den meisten Fällen passiv. Sie sind nicht voll Leben, wie es die Verhältnisse des gegenwärtigen Moments erfordern. Das ist auch ein sozialdemokratischer Ueberrest. Diese Partiorganisationen beleben sich nur vor Wahlkampagnen. Daher sind die Fälle nicht selten, wo in den Partiorganisationen die innerparteiliche Demokratie und die bolschewistische Disziplin fehlen. Bei einer solchen Lage ist es nicht erstaunlich, daß Beschlüsse der Parteitage, Direktiven der Komintern und des ZK unverwirklicht bleiben. Nehmen wir als Beispiel die Beschlüsse der Kominternkongresse, der Parteitage der einzelnen kommunistischen Parteien, des EKKI und der ZK über die Verlegung des Schwergewichts der Partei- und Gewerkschaftsarbeit in die Betriebe, über die Verbesserung der Arbeit der unteren Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, besonders in den Betrieben usw. Die Ursache des Fehlens bolschewistischer Methoden der Partiarbeit wird man offenbar in der unrichtigen Einstellung der leitenden Parteikader (im Zentrum, Bezirk und zum Teil im Unterbezirk) zu suchen haben.

Dafür ist „Selbstkritik“ im Ueberfluß vorhanden. Man kritisiert sich offen während des Streiks, wo die Arbeit inmitten des Kampfes umgestellt werden muß, während der Kampagnen, wo man durch Aenderung der Methoden und des Inhalts der Arbeit die Parteikräfte für die Erweiterung und Vertiefung der Kampagnen besser organisieren muß. Man kritisiert sich nach Beendigung von Streiks und Kampagnen, was richtig ist, bei der nächsten Gelegenheit jedoch werden die alten Fehler wiederholt. Solche Fälle gibt es nicht wenige.

In der Partei der Bolschewiki wurde selbst unter dem Zarismus, als die Partei illegal war, der demokratische Zentralismus durchgeführt. Die Partiorganisationen warteten nicht erst auf die Anweisungen des ZK, der Gebiets-, Gouvernements- und Stadtleitungen, sie handelten entsprechend den örtlichen Verhältnissen und den Ereignissen im Rahmen der allgemeinen Parteibeschlüsse und der allgemeinen Richtlinien. Die Initiative der örtlichen Partiorganisationen, der Zellen wurde gefördert. Hätten die Odessaer oder Moskauer, die Bakauer oder Tifliser immer erst die Direktiven des Zentralkomitees, der Gouvernementsleitungen usw. abgewartet, die in den Jahren der Reaktion und während des Krieges mitunter infolge von Verhaftungen überhaupt nicht bestanden, was wäre dann geschehen? Die Bolschewiki hätten wahrscheinlich die Arbeitermassen nicht erobert, keinen Einfluß auf sie gehabt. Die Gouvernements- und Stadtleitungen veröffentlichten selbst Aufträge und Flugblätter aus den verschiedensten Anlässen, wenn dies zweckmäßig war.

In vielen kommunistischen Parteien, besonders in den legalen, macht sich leider ein Ueberzentralismus bemerkbar: das Zentralkomitee muß die Flugblätter den örtlichen Organisationen zustellen, das Zentralkomitee muß vor-

her sogar zu Ereignissen lokaler Bedeutung Stellung nehmen, damit man sich in den Bezirken rührt. Es besteht nicht die Initiative, die eine Partiorganisation haben muß, um sich in der Lage zu orientieren und entsprechend den lokalen Bedingungen bei jeder Gelegenheit, unabhängig davon, ob Direktiven da sind oder nicht, auf der Grundlage der Beschlüsse der Partei und der Komintern, Beschlüsse zu fassen und sie selbstredend auch durchzuführen. Selbst in den Fällen, wo entsprechende Anweisungen der Zentrale vorliegen, erreichen sie die Masse der Parteimitglieder oft nicht. Zugleich besteht keine genügende Kontrolle der übergeordneten Organe über die Durchführung der Direktiven. Dies alles muß man bekämpfen, und man muß diese Seite der Sache beim Unterricht im Auge behalten.

In der Partei der Bolschewiki stützte sich die Partiarbeit auf die Fabriken und Betriebe durch die Betriebszellen. Die Verbindung mit den Massen, die Führung der Massen durch die Betriebszellen und kommunistischen Fraktionen in den Massenorganisationen war lebendig. Die Parteipresse, Literatur, die schriftliche und mündliche Agitation war für die Massen berechnet. Da die bolschewistische Partei im zaristischen Rußland bis zur Februarrevolution illegal war, verfügte sie weder im Zentrum (Zentralkomitee) noch unten (Bezirksleitungen, Stadtleitungen, Gouvernementsleitungen) über große Apparate. Man besaß nicht und konnte nicht ständig Räume besitzen, die ein größerer Apparat braucht. Auch die geringen finanziellen Mittel hätten nicht große Apparate zugelassen. Daher wurde das Schwergewicht der Partiarbeit (und nicht nur der Partiarbeit, sondern auch der Arbeit der legalen und illegalen Gewerkschaften) naturgemäß in die Betriebe verlegt. So blieb es mit der Partiarbeit auch in der Periode vom Februar bis Oktober 1917, als die bolschewistische Partei eine legale Partei wurde, die eine ungeheure Massenarbeit leistete, während die Apparate des Zentralkomitees, der Gebiets- und Gouvernementsleitungen auf ein Mindestmaß beschränkt blieben. Der Nachdruck wurde nach wie vor auf die Arbeit der Bezirksleitungen, der Unterbezirke und der Betriebszellen gelegt.

In den legalen Parteien der kapitalistischen Länder verhält es sich mit dem Parteiapparat umgekehrt: als legalen Parteien stehen den kommunistischen Parteien genügend Räume zur Verfügung, um den Apparat unterzubringen. In den Zentralkomitees und Bezirksleitungen sind die Hauptkräfte des Apparates konzentriert (Agitpropabteilung, Gewerkschaftsabteilung, Frauenabteilung, Parlamentsarbeit, Landarbeit und verschiedene andere Abteilungen), in den Unterbezirksleitungen und Zellen dagegen herrscht Leere. In vielen Unterbezirksabteilungen von Industriezentren, ganz zu schweigen von den Zellen, gibt es nicht einmal besoldete Sekretäre. Die Unterbezirke sollen alles von der Zentrale erhalten. Dadurch wird die Initiative der örtlichen Partiorganisation gelähmt. Gegen diese Erscheinung wird vom EKKI ein heftiger Kampf geführt.

Dieser Kampf ist um so notwendiger, als es sich hier wieder nicht nur um rein äußerliche, organisatorische Bedingungen der Legalität oder Illegalität handelt. Nein, es handelt sich darum, den Kurs auf die Arbeit unter den Massen, auf die engste, ständige Verbindung mit ihnen einzuschlagen. Die Organisationsformen müssen diesem Ziele untergeordnet werden, dieses Ziel unterstützen, und nicht umgekehrt.

Die kommunistischen Fraktionen und ihre Wechselbeziehungen mit den Parteileitungen

Die Bolschewiki hatten es allerdings leichter als die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder, normale Wechselbeziehungen zwischen den kommunistischen Fraktionen und den Parteileitungen herzustellen, denn die Parteileitungen leisteten faktisch eine vielseitige Arbeit. Sie führten den Wirtschaftskampf, organisierten Gewerkschaften und Genossenschaften, schufen die verschiedensten Arbeiterorganisationen, die unter dem Zarismus von 1905 bis zum Kriege existieren konnten. Daher besaßen die Parteileitungen die anerkannte Autorität bei den Funktionären aller dieser Organisationen, hauptsächlich bei den Parteimitgliedern und bei den Sympathisierenden. Diese Lage war durchaus natürlich, sie wurde von niemanden angefochten. Nach der Eroberung der Macht zeigte sich in den kommunistischen Fraktionen der Sowjets eine gewisse Tendenz, hier und da die Parteileitungen zu ersetzen. Das war aber nur eine vorübergehende Erscheinung. Die Wechselbeziehungen zwischen den Parteileitungen und den kommunistischen Fraktionen (oder einzelnen Kommunisten) der überparteilichen Massenorganisationen waren und sind in der bolschewistischen Partei vor und besonders nach der Eroberung der Macht solcher Art, daß die Parteileitungen die wichtigen Fragen entscheiden und die kommunistischen Fraktionen und die einzelnen Kommunisten, welche überparteiliche Organisationen dies auch betreffen mag, die Beschlüsse verwirklichen. Die kommunistischen Fraktionen bestimmen dabei selbst die Methoden der Durchführung dieser Beschlüsse. In ihrer täglichen Arbeit sind sie absolut selbständig. Sie können und müssen ihre Arbeit innerhalb der überparteilichen Organisationen und Organe Initiative ergreifen. Die kommunistischen Fraktionen in den leitenden Organen der überparteilichen Organisationen müssen nicht nur vor den Konferenzen und Kongressen, von denen sie gewählt wurden, sondern auch vor den Parteileitungen Rechenschaft über ihre Arbeit ablegen. Bis zur Oktoberrevolution und sogar noch unmittelbar nach dieser, als sich in den überparteilichen Massenorganisationen noch hier und da Menschewiki und Sozialrevolutionäre befanden, machten die Bolschewiki jede eroberte Position zum Stützpunkt für die Eroberung der Organisation im Bezirks-, Stadt-, Gebiets- und Landesmaßstab. Sie zeigten, daß sie besser als die anderen arbeiten können, besser die Fragen vorbereiten, besser die Arbeitermassen führen, zusammenschließen und organisieren können. Daher gelang es ihnen, aus allen Massenorganisationen der Arbeiterschaft die Menschewiki, Sozialrevolutionäre und die anderen „sozialistischen Narodnikpartei zu verdrängen.

In den kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder liegen die Dinge anders, weil sich bei ihnen noch die sozialdemokratischen Traditionen erhalten haben, die nicht selten mit sektiererischen Einstellungen verflochten sind. Die Gewerkschaften und die sonstigen proletarischen Massenorganisationen entstanden, wie schon früher gesagt, in den wichtigsten kapitalistischen Ländern früher, als die sozialdemokratischen Parteien geschaffen wurden und befestigten sich innerhalb der Arbeiterklasse als selbständige Organisationen, die ihren wirtschaftlichen Kampf führten.

Die Mitglieder der sozialdemokratischen Parteien in den Leitungen der proletarischen Massenorganisationen hatten daher eine bestimmte Selbständigkeit, wobei die sozialdemokratischen Parteien nicht nur gegen diese Selbständigkeit keinen Kampf führten, sondern selbst noch Theorien über die Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung der Gewerkschaftsbewegung und der sozialdemokratischen Parteien, über die Neutralität der Gewerkschaften entwickelten. Eine Ausnahme bildete, wie bereits gesagt, nur die Partei der Bolschewiki.

Man kann eine Reihe von Tatsachen aufzählen, z. B. in der deutschen Sozialdemokratie, wo die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse und die der sozialdemokratischen Parteileitung auseinandergingen, so 1905 in der Frage des Generalstreiks. Dies, obwohl auf dem Gewerkschaftskongreß dieselben Sozialdemokraten anwesend waren, die den Standpunkt der Partei kannten. Das gleiche geschah anläßlich der Maifeier. Während die sozialdemokratischen Parteien in Mitteleuropa vor dem Kriege diese Feiern am 1. Mai veranstalteten, sabotierten die sozialdemokratischen „freien“ Gewerkschaften die Maifeier, um nicht an der Verbandskasse Unterstützungen an die Arbeiter bezahlen zu müssen, die wegen Teilnahme an der Feier des 1. Mai aus dem Betrieb flogen. Die Gewerkschaften schlugen vor, daß die Maifeier auf den Sonntag nach dem 1. Mai verlegt werden sollte. Diese für die Bolschewiki unnormalen Wechselbeziehungen, die vor dem Kriege zwischen den Sozialdemokraten in den Parteien und in den Gewerkschaften bestanden (nach dem Kriege herrscht zwischen den sozialdemokratischen Parteien und ihren Gewerkschaften volle Einmütigkeit im Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse aller Länder), können in einer bolschewistischen Partei nicht geduldet werden, weil sie es unmöglich machen, die Einheit der Führung der revolutionären Arbeiterbewegung in allen ihren Formen zu verwirklichen. Sie sind aber auf die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder von den sozialdemokratischen Parteien als Erbe übergegangen.

Die unnormalen Wechselbeziehungen zwischen den Parteien und den kommunistischen Fraktionen der Gewerkschaften und überhaupt der proletarischen Massenorganisationen haben als Ursprung zwei Momente: die Parteileitungen ersetzen mitunter die Massenorganisationen, setzen die gewählten Funktionäre ab, ernennen an ihrer Stelle andere; sie schreiben offen in der Presse: wir schlagen den roten Gewerkschaften dies und dies vor, d. h. sie handeln so, wie nicht einmal die KPdSU handelt. Die Beschlüsse des Zentralkomitees der KPdSU oder der örtlichen Parteileitungen werden von innen heraus durch die kommunistischen Fraktionen oder einzelne Parteimitglieder durchgeführt, die in den überparteilichen Organisationen tätig sind.

Die andere Ursache der unnormalen Wechselbeziehungen ist der Umstand, daß einige Mitglieder der kommunistischen Parteien ganz nach eigenem Ermessen vorgehen, die Direktiven der Parteiorgane nicht berücksichtigen oder sich ihnen nicht unterordnen. Es gibt Fälle, z. B. in Frankreich, wo Parteiorgane glauben, daß sie buchstäblich alles tun müssen, daß sie die Rote Hilfe, die gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und Sportorganisationen einsetzen müssen, daß nur sie alle Funktionen dieser Organisationen ausüben könnten. Das ist grundfalsch. Wäre auch die Führung vieler kommunistischer Parteien hundertmal besser, als sie es tatsächlich ist, so könnte sie auch dann nicht die Arbeit für diese Organisationen erledigen. Das ist auch überflüssig, denn sowohl das Zentralkomitee als auch die örtlichen Parteiorganisationen müssen nur die Linie bestimmen, ihre Verwirklichung kontrollieren, die Führung der Arbeit der kommunistischen Fraktionen und der einzelnen Kommunisten in den Massenorganisationen in den Händen halten. Das ZK und die Parteileitungen müssen ihre Direktiven in den proletarischen Massenorganisationen durch die kommunistischen Fraktionen, oder, wenn es solche nicht gibt, durch einzelne Parteimitglieder durchführen, nicht aber für sie, an ihrer Stelle arbeiten.

Ich glaube nicht, daß es notwendig ist, ausführlicher zu erläutern, wie diese unrichtigen Wechselbeziehungen zwischen der Partei, den Gewerkschaften und den Massenorganisationen überhaupt den Ausbau der Verbindung der Partei mit den Massen hemmen, die Partei hindern, sich in den breiten Massen zu verankern.

In Ländern, wo rote Gewerkschaften bestehen, gibt es in den Betrieben mit revolutionären Gewerkschaftsgruppen auch noch Gewerkschaften anderer Richtungen. Es ist aber den roten Gewerkschaften selten gelungen, ganze Organisationen oder mehr oder weniger große Mitgliedergruppen von den Gewerkschaften der anderen Richtungen zu erobern.

Der Gewerkschaftsopposition in den reformistischen Verbänden gelingt es nicht selten, in den Ortsgruppen einzelner Verbände die Mehrheit zu erhalten. Die kommunistischen Parteien und die Gewerkschaftsopposition machen diese von uns eroberten Gruppen aber nicht zum Stützpunkt ihrer Arbeit für die Ausdehnung des Einflusses auf Ortsgruppen desselben Verbandes oder andere Verbände, die zusammen mit der von der Gewerkschaftsopposition eroberten Gruppe einem Ortskartell angehören. Dies läßt sich nur damit erklären, daß die oppositionellen Ortsgruppen einzelner Gewerkschaften selbst nicht selten auf reformistische Positionen hinabgleiten. Das gleiche gilt für viele rote Betriebsräte. Es fehlt ihnen an der erforderlichen Führung und an der notwendigen Hilfe bei ihrer Arbeit.

Die Presse

Die Presse der bolschewistischen Partei war schon in der illegalen Periode und ist auch jetzt das Sprachrohr der Meinung der Partei und führt die Linie der Partei durch. Sie mobilisiert, organisiert und erzieht die Arbeitermassen.

Man kann Parteipresse und Parteileitung nicht trennen. Im Ausland wählen die sozialdemokratischen Parteien die Redakteure der Parteizeitungen auf den Parteitag. Es gab Fälle, wo das Zentralkomitee sich gegenüber der

Zeitung nicht durchsetzen konnte: die Zeitung hatte eine und das Zentralkomitee hatte eine andere Linie. So war es in Deutschland mit dem „Vorwärts“, so in Italien mit dem „Avanti“. Die kommunistischen Parteien sind selbstverständlich von diesen merkwürdigen Traditionen abgekomen. Die „unabhängige“ Presse, wie sie bei den Sozialdemokraten vor dem Kriege bestand, hat aber dennoch in den kommunistischen Parteien tiefe Spuren hinterlassen. Nicht etwa, daß die Redakteure von den Parteitagern ernannt und vom Zentralkomitee und Parteileitungen unabhängig wären, — das gibt es in den kommunistischen Parteien nicht, — aber das ZK und die Parteileitungen kümmern sich häufig wenig um die Parteipresse, in vielen Fällen besteht die Presse für sich und das Zentralkomitee und die Parteileitungen wiederum für sich. Die Linie des ZK und der Parteileitungen und die Linie der Parteizeitungen gehen sehr häufig auseinander, und zwar nicht deswegen, weil dies etwa der Wille des ZK, der Parteileitungen und der Redaktionen wäre.

In Deutschland erscheinen 38 Tageszeitungen der Partei. Hätten alle diese 38 Zeitungen eine richtige und gute Führung, so könnten sie einen weit größeren Einfluß auf die Arbeitermassen ausüben, als es tatsächlich der Fall ist. Die Partei der Bolschewiki verfügte doch von 1912 bis 1914 nur über eine legale Tageszeitung über die „Prawda“. Und welche Wunder wirkte damals die „Prawda“ in Rußland! Welch unschätzbare Hilfe war sie für die Arbeiter in der Provinz, obwohl die „Prawda“ aus Zensurgründen nicht alles sagen konnte, was sie wollte. Dabei schrieb sie über alle wichtigen und ersten Fragen so populär, daß sie selbst für die rückständigsten Arbeiter verständlich war. Die „Prawda“ räumte Arbeiterkorrespondenzen aus den Betrieben viel Platz ein. In den Ländern, von denen ich gesprochen habe, sind die Zeitungen legal. Sie können mehr oder weniger sagen, um die Linie der Partei zum Ausdruck zu bringen und durchzuführen. Die Zeitungen sind wie auch die proletarischen Massenorganisationen die Kanäle, durch die die kommunistischen Parteien die Arbeiter beeinflussen können und müssen, mit deren Hilfe sie die Arbeiter erobern können und müssen. Man muß verstehen, die Zeitung auszunutzen, sie richtig zu leiten.

Die legale kommunistische Tagespresse zeichnet sich in vielen Ländern weder durch populäre Darstellung noch durch Aktualität oder Kürze der Artikel aus. Die Zeitungen sind angefüllt mit thesenartigen Artikeln an Stelle einer populären, kurzen Darlegung der wichtigsten aktuellen Aufgaben. Die Presse ist schuld, daß der Funktionärkörper, die Parteimitglieder und die revolutionären Arbeiter keine Argumente für den Kampf gegen die sozialdemokratische Partei, die Reformisten, die Nationalsozialisten und gegen die anderen Parteien erhalten, denen Arbeiter noch folgen. Die Parteipresse muß nicht nur die Stellungnahme vermitteln, Tatsachen des Verrats der Sozialdemokraten und Reformisten, der Demagogie der Nationalsozialisten anführen, sie muß auch darauf hinweisen, wie man diese Tatsachen auswerten soll. In den meisten Parteizeitungen fehlen die Arbeiterberichte aus dem Betrieb. Für solche Dinge hat die Parteipresse oft „keinen Platz“.

Noch nicht alle kommunistischen Parteien haben die wichtige Rolle der Parteipresse erkannt. Die Lehrer der internationalen kommunistischen Hochschulen müssen bei der Arbeit mit den Kurssteilnehmern die besondere

Aufmerksamkeit auf die Parteipresse lenken. Viele von den Kurssteuermännern, die die internationalen kommunistischen Hochschulen beenden, werden Redakteure. Man sieht aber nicht, daß sie einen frischen Zug in die Parteipresse hineinbringen und zu ihrer Erneuerung beitragen, daß sie mit den sozialdemokratischen Traditionen auf diesem Gebiet aufräumen.

Die Agitation

Die kapitalistische Welt erlebt gegenwärtig eine tiefe Industriekrise, eine Agrarkrise, finanzielle Erschütterungen, einen imperialistischen Krieg im Fernen Osten, der sich auf andere Länder auszudehnen droht. Dies alles berührt nicht nur die Arbeiter und Kleinbauern, sondern auch das städtische Kleinbürgertum (die Angestellten, Beamten usw.).

Jetzt, unter den Verhältnissen des Endes der Stabilisierung, ist es viel leichter, an die Masse mit der kommunistischen Agitation heranzukommen, als in der „Blütezeit“ der Stabilisierung. Leider ist die Agitation der kommunistischen Parteien abstrakt. Sie ist es, ganz gleich, ob es sich um die Agitation in den Zeitungen und in den Flugblättern, oder um die mündliche Agitation handelt. Sie ist so gestaltet, als ob alle Arbeiter wüßten, was diejenigen wissen, die die Zeitungen schreiben, Flugblätter verfassen und mündlich agitieren. Erscheint eine Notverordnung in Deutschland, die jeden einzelnen Arbeiter hart trifft, die Löhne senkt oder die Steuern erhöht usw., so wird nicht diese Notverordnung in allen ihren Einzelheiten geschildert, man verweist nicht darauf, wieviel Steuern der Arbeiter wird zahlen müssen, um wieviel die Löhne der Arbeiter gesenkt werden, damit die Massen ein richtiges Bild erhalten, sondern schreibt einfach: Wir wenden uns gegen die Notverordnung, wir fordern den Streik gegen die Notverordnung.

Wie haben die Bolschewiki in früheren Zeiten agitiert und wie agitieren sie auch jetzt? Haben die Bolschewiki so agitiert? Die Kraft der Bolschewiki bestand darin, daß sie jede einzelne Frage — sei es ein Lohnabbau um eine Kopeke, sei es die Toilettenfrage, Fensterscheiben im Betrieb, heißes Wasser, Geldstrafen, die Qualität der Waren in der Betriebskantine usw. — so behandeln, daß man dabei zu politischen Schlußfolgerungen gelangte. Man vergewaltigte sich die Streiks, die in Südrußland im Jahre 1903 stattfanden. Die Bolschewiki verstanden es, diese von den Agenten Subatows, von Schajewitsch und Konsorten ausgelöste wirtschaftliche Streikbewegung zu einer gewaltigen politischen Bewegung zu entwickeln, die den ganzen Süden erfaßte. Viele kommunistische Parteien verstehen es nicht, wirklich zu agitieren. Die leitenden Genossen, die Redakteure, Agitatoren usw. wiederum glauben, daß, wenn sie selbst ein klares Bild von den Ereignissen haben, alles auch für die Arbeiter mehr oder weniger klar sein müsse. Das ist auch ihre Stellung zu den sozialdemokratischen Arbeitern. Anstatt jede kleine Tatsache des Verrats ganz genau wiederzugeben, festzustellen, wo und wann es war, Zeugen anzuführen, Protokolle zu zitieren, aufzuzeigen, unter welchen Umständen und wann die sozialdemokratischen und reformistischen Führer mit den Ministern und Unternehmern verhandelt, die Interessen der Arbeiterklasse verraten haben, und dies mit aller Geduld den sozialdemokratischen, reformistischen und parteilosen Arbeitern auseinanderzusetzen, anstatt dies zu tun, wissen unsere Genossen nur das eine zu wiederholen: „So-

zialfaschisten, Gewerkschaftsbürokraten . . .“ und damit basta. Sie meinen: hat man „Sozialfaschist“ oder „Gewerkschaftsbürokrat“ gesagt, so müßten alle Arbeiter verstehen, welcher Sinn diesen Schimpfnamen gegeben wird, und müßten schon überzeugt sein, daß die sozialdemokratischen und reformistischen Führer diese Bezeichnung verdienen. Damit stößt man nur die ehrlichen Arbeiter ab, die noch Mitglieder der sozialdemokratischen Parteien und reformistischen Gewerkschaften sind, denn sie selbst zählen sich weder zu den Sozialfaschisten noch zu den Gewerkschaftsbürokraten.

Muß nicht im Unterricht in den internationalen kommunistischen Parteschulen die Frage der Agitation einen hervorragenden Platz einnehmen? Man nehme Lenins Artikel aus dem Jahre 1917, man nehme z. B. einen solchen Fall, wo man der bolschewistischen Partei den Vorwurf machte, sie hätte sich an den deutschen Imperialismus verkauft. Man sollte meinen, daß man auf eine solche Beschuldigung, eine solche Verleumdung einfach hätte erwidern müssen: „Ihr Gauner, Halunken, wir würdigen euch keines Wortes, wir erachten es nicht für notwendig, uns vor euch zu rechtfertigen; glaubt, was ihr wollt, wir werden unseren Weg fortsetzen.“ Gerade so hätten wahrscheinlich viele kommunistischen Parteien gehandelt, und geantwortet: es ist unter unserer Würde solche niederträchtige Beschuldigungen zu widerlegen! Wie verhielt sich aber Lenin zu dieser Beschuldigung? Vor allem schilderte er, wer Alexinski war, mit denen sich Alexinski in Frankreich auszeichnete, daß alle Schandtatzen, mit denen sich Alexinski in Frankreich auszeichnete, daß dieser Mensch in der und der Versammlung in Frankreich hinausgeworfen wurde, weil er sich als Lügner und Halunke entpuppt hatte. Alexinski kehrte dann nach Rußland zurück. Das menschwistische, sozialrevolutionäre Zentralkomitee sagte ihm: „Wir nehmen dich nicht auf, bevor du dich nicht rehabilitiert hast“. Alexinski begann in der Presse eine Heize gegen die Bolschewiki, beschuldigte sie in den Julitagen des Jahres 1917, sie seien von den Deutschen gekauft. Lenin zeigte Alexinski in seiner ganzen Blöße, wie er wirklich war. Nachdem er seine moralische Physiognomie geschildert und ihn so vernichtet hatte, wandte sich Lenin den Menschewisten und den Sozialrevolutionären zu. Die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre wußten, daß man die Bolschewiki der Spionage verdächtige und Zeretheli telephonierte an alle Redaktionen, man sollte nicht dieses niederträchtige Dokument* veröffentlichen, es sei gefälscht. Weiter führte Lenin eine dritte Tatsache an. Das verleumderische Dokument war der Provisorischen Regierung bekannt. Sie hatte, obwohl sie von der Existenz dieses Dokuments seit dem Juli unterrichtet war, keinen der Beschuldigten verhaftet, folglich glaubte auch die Provisorische Regierung nicht dieser Verleumdung. Lenin legte dies alles klar, erläuterte es populär, um sich dann mit der Frage zu beschäftigen, wer eigentlich das Haupt dieser Regierung sei. Kerenski? Nein. Das Zentralkomitee? Nein. Der Militärklingel, stellt er fest. Man hat doch unsere Druckerei zerstört! Wer hat die Zerstörung angeordnet? Die Provi-

* In der Petrograder Boulevard-Zeitung „Shiwoje Slowo“, Nr. 51 vom 15. Juli 1917, wurde die Erklärung Alexinskis und Pankratows veröffentlicht, in der sie auf Grund der Aussagen eines Fähnrichs Jermolenko beim Verhör im Generalstab und in der Spionage-Abteilung am 28. April 1917 die Bolschewiki beschuldigten, daß sie vom deutschen Generalstab für die Agitation gegen den Krieg Geld erhielten.

sorische Regierung? Nein. Ist es ein Beschluß des Zentralkomitees? Nein. Es besteht eine andere Macht, und das ist der Militärkühnling, er hat die Zerstörung der Druckerei veranlaßt. Und wißt ihr, wer hinter diesem Militärkühnling steht? Es sind die Kadetten. Einen Tag später zeigt Lenin in einem anderen Artikel, in dem er die Äußerungen des Volkssozialisten Tschaikowski im Zentralkomitee zitiert, daß die Kadetten und die Imperialisten des Westens unter einer Decke stecken, daß die Imperialisten nur den Kadetten Geld geben wollen. — Lenin begann also seine Analyse bei Alexinski und endete bei der Staatsmacht, ihrem Klassencharakter. Er schimpfte nicht, er sagte nicht, es sei unter seiner Würde, niederträchtige Beschuldigungen zu widerlegen, er bewies aber, daß es eine Verleumdung und Gaunerei war, von einem gelben Blättchen ausgestreut und von der Provisorischen Regierung sowie der gesamten bürgerlichen, menschenfeindlichen, Narodniki- und sozialrevolutionären Presse aufgegriffen und verbreitet.

Durch eine solche populäre, verständliche Agitation gelang es den Bolschewiki nicht nur, den Angriff der Menschewiki, Sozialrevolutionäre und Kadetten in einer für die Bolschewiki so schwierigen Zeit zurückzuschlagen, sondern auch im Verlauf von drei Monaten eine umfassende Agitation auszulösen gegen alle Parteien, die damals entstanden, hauptsächlich gegen die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre, die noch einen Einfluß auf die breiten Massen der Arbeiter, Bauern und Soldaten hatten, wobei sie alle ihre Taten und ihren Betrug in den Fragen, die damals auftauchten, ausnutzten. Und so wurden vor der Oktoberrevolution Millionenmassen von Arbeitern, Soldaten und Bauern in die Bewegung hineingezogen. In den Oktobertagen hatten die Bolschewiki bereits die ganze Arbeiterklasse, die Mehrheit der Soldaten hinter sich, und die Bauern folgten der Losung der Bolschewiki „Land und Frieden“.

Ist die Agitation der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern von dieser Art? Die Sozialdemokraten haben so viel Verrat an der Arbeiterklasse aller Länder auf sich geladen, daß man das Erstaunen der Arbeiter der Sowjetunion versteht, von denen man häufig zu hören bekommt: aus welchem Holz sind eigentlich die ausländischen Arbeiter geschnitten; die Sozialdemokraten verraten täglich ihre Interessen — wir sehen es ja von hier, daß sie verraten werden — und sie, die ausländischen Arbeiter, stimmen noch immer für diese Sozialdemokraten und befinden sich in ihrer Partei. Dies kommt daher, daß viele kommunistischen Parteien selbst in der für sie äußerst günstigen Situation, wie man die durch die internationale Industrie- und Agrarkrise geschaffene Lage bezeichnen kann, nicht zu agieren verstanden. Eine gründliche, geduldige und beweiskräftige Kritik der kommunistischen Parteien ist besonders deswegen notwendig, weil die sozialdemokratischen Führer trotz den zahlreichen Verrätereien immer noch neue Formen für demagogische Manöver finden. Die deutschen Sozialdemokraten haben nach Kräften geholfen, die Notverordnungen durchzuführen, die Arbeitslosen und die noch beschäftigten Arbeiter auszuplündern. Sie propagierten aber eine Reihe von demagogischen Gesetzentwürfen für den Reichstag, so über die Verringerung der Arbeitslosigkeit, Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung, Senkung der Mieten usw., um gleichzeitig gegen die Stimmen der Kommunisten, mit denen sie nach dem Auszug der Nationalsozialisten im

Reichstag die Mehrheit hatten, die Vertagung des Reichstages auf unbestimmte Frist, ohne Beratung ihrer eigenen Vorschläge und natürlich der der Kommunistischen Partei, beschließen zu helfen. Unter diesen Verhältnissen haben die kommunistischen Parteien die Aufgabe, die sozialdemokratischen Gauner festzunageln, an Hand von Beweisen jedes ihrer Manöver, jede ihrer verräterischen Handlungen zu entlarven.

★

Die bolschewistische Partei verstand es vor und nach der Eroberung der Macht, ihre Mitglieder so zu erziehen, solche Anweisungen und Direktiven zu geben, daß alle Parteimitglieder auf ein Ziel hinarbeiteten, ganz gleich wo und was sie arbeiteten. Wo immer sie sich befanden, sie konzentrierten sich immer auf diesen einen Punkt. Dabei erhielten häufig die örtlichen Parteiorgane die Direktiven erst durch die Presse. Die bolschewistische Partei erreichte dies alles dank den Methoden und dem Inhalt der Arbeit, von denen oben die Rede gewesen ist. Leider kann man dies nicht von der Mehrheit der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern sagen. Dort sind die Fälle, wo sich die Parteimitglieder auf verschiedene Punkte konzentrieren, keine Seltenheit.

Gegenwärtige Lage, Taktik, Losungen, Theorie des „kleineren Übels“ und Einheitsfront

Vor der Oktoberrevolution verspotteten die Menschewiki die Bolschewiki, weil sie sehr häufig in die Tagesordnung ihrer Sitzungen den Punkt „Gegenwärtige Lage“ aufnahmen. Ohne eine genaue Analyse der Lage ist es aber sehr schwer, die Taktik festzulegen. Die Festlegung der richtigen Taktik in jeder gegebenen Situation und vor allem ihre geschickte Durchführung ist eine große Kunst. Sie zu beherrschen, heißt sich den Kampf und die Eroberung der Massen erleichtern. Eine Kunst ist nicht zuletzt auch die geschickte und rechtzeitige Aufstellung von Losungen, die der Lage und den Anforderungen des Moments entsprechen. Heute wird es niemand mehr einfallen, zu bestreiten, daß die Bolschewiki es meisterhaft verstanden haben, die Lage zu analysieren, die richtige Taktik und richtige, treffende Losungen festzulegen, die bei den breiten Massen einen Widerhall finden und von ihnen aufgegriffen wurden. Lenin verspottete diejenigen Bolschewiki, die sich an die Taktik des gestrigen Tages klammernten und nicht verstehen wollten, daß diese für die folgende Etappe oder unter den veränderten Verhältnissen schon nichts mehr taugte. (So war es z. B. mit dem Vorschlag Kamenews und Bogdanows, die Wahlen zur dritten Duma zu boykottieren, wie die Bolschewiki die erste Duma boykottiert hatten.)

Diese Fähigkeit, die „gegenwärtige Lage“, die entstandene Situation zu bestimmen und eine entsprechende richtige Taktik festzulegen, findet man nicht immer in den kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder (obwohl die Komintern im Gegensatz zur II. Internationale die Aufgaben ihrer Sektionen beschließt und nicht selten auch die taktische Linie festlegt). Während einige kommunistische Parteien den Sturz dieses oder jenen Kabinetts als eine „politische Krise“ betrachten, fassen andere die vorübergehende Aus-

schaltung des Parlaments von der Beratung der aktuellen Fragen als Errichtung der faschistischen Diktatur auf und ziehen daraus als Hauptlösung die Schlussfolgerung: Kampf gegen den Faschismus bei Abschwächung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie. Wird der Fehler korrigiert, so führt man den Kampf nunmehr nur noch gegen die sozialdemokratischen Parteien und läßt die Faschisten außer acht. Auch die Losungen sind sehr häufig nicht miteinander verbunden. Bald sind es Losungen des Kampfes nur in innerpolitischen Fragen, dann wieder Losungen gegen den Krieg, aber ohne organische Verknüpfung mit den Fragen der Innenpolitik. Leider begegnet man zusammenhanglosen Losungen nicht nur in der „hohen“ Politik, sondern auch im Wirtschaftskampf, wo sie nicht weniger schädlich sind. Man muß sehr sorgfältig, sehr aufmerksam die Besonderheiten der entstehenden Situation studieren, alle Veränderungen und Tendenzen der Entwicklung verfolgen, man muß untersuchen, wie die Arbeiter auf die Ereignisse reagieren, wie sich die Gegner, die Sozialdemokraten, die Faschisten usw. vorbereiten und was sie unternehmen, für welche Taten sie sich entscheiden.

Nur auf Grund einer solchen Analyse und Untersuchung der Lage kann die richtige Taktik bestimmt werden, können richtige, rechtzeitige Losungen aufgestellt, kann der Agitation der erforderliche Inhalt gegeben, kann der richtige Ton getroffen werden. Die aktuellen Fragen müssen in der Presse häufig und umfassend beleuchtet werden, um durch die Analyse der Lage, durch Widerlegung der Argumente und der Agitation der Gegner, durch Enthüllung ihrer Pläne und betrügerischen Machenschaften den Mitgliedern der Partei Waffen in die Hand zu geben, sie zu erziehen und zum Kampf vorzubereiten. Zu demselben Zweck müssen die gegenwärtige Lage, die Aufgaben der Partei in den Parteiversammlungen — in den Zellen usw. — häufig behandelt werden. Eine solche Beratung wird nicht nur den Parteimitgliedern die Aneignung der Parteilinie und der Taktik ermöglichen, nicht nur ihnen helfen, sich in den aktuellen Fragen zurechtzufinden und Argumente für die Polemik und Agitation in den Betrieben, unter den Arbeitslosen, in der Gewerkschaft, auf der Straße zu sammeln, sie wird auch die Zellen und die örtlichen Parteiorganisationen beleben.

Die sozialdemokratischen Parteien und die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten operieren in den letzten Jahren besonders häufig mit der Theorie des „kleineren Übels“. Die Reformisten reden den Arbeitern zu, einem Lohnabbau von acht Prozent zuzustimmen, statt von zwölf Prozent, wie ihn die Unternehmer nicht ohne Verständigung mit den Reformisten „fordern“. Dieses „Abringen“ von vier Prozent zugunsten der Arbeiter verkünden sie dann laut als einen Sieg. Die sozialdemokratischen Parteien unterstützen die niederträchtigsten Gesetze, die den Werktätigen Steuerlasten aufbürden und die Löhne abbauen, unter dem Vorwand, daß es eigentlich die Absicht der Regierung und der Bourgeoisie gewesen sei, die Arbeiter mit einer noch größeren Summe zu besteuern. Auch daraus machen sie einen „Sieg“ der Arbeiter. Sie empfehlen, für Hindenburg zu stimmen, den sie bei den Wahlen im Jahre 1925 als Reaktionsär und Monarchisten angegriffen haben, indem sie die Dinge so darstellen, als sei Hindenburg gegenüber Hitler das „kleinere Übel“. Die russischen Menschewiki hatten auch Gelegenheit, die Theorie des „kleineren Übels“ in Umlauf zu bringen. So forderten sie bei den Wahlen zur zweiten

Reichsduma die Stimmabgabe für die Kadettenpartei, unter dem Vorwand, Rußland drohe die Schwarzhundertgefahr. Die Bolschewiki bereiteten damals den Menschewiki eine vernichtende Niederlage; sie gewannen die revolutionär gestimmten Wähler für die revolutionären Kandidaten, indem sie nachwiesen, daß die Menschewiki vor, während und nach der Revolution von 1905 die liberale Bourgeoisie unterstützten, genau so wie heute die sozialdemokratischen Parteien ihre Bourgeoisie in allen Fragen unterstützen.

Die Menschewiki wandten sich gegen die Hegemonie des Proletariats in der bürgerlich-demokratischen Revolution. Daher war ihr Geschrei über die Schwarzhundertgefahr nur ein Manöver, um die Arbeiterklasse von dem richtigen revolutionären Weg abzulenken. Den kommunistischen Parteien ist es bisher nicht gelungen, mit den Methoden, die die Bolschewiki zur Entlarvung des menschewistischen Manövers mit der Schwarzhundertgefahr anwandten, das Manöver der Sozialdemokratie mit dem „kleineren Übel“ zu enthüllen. Solange aber dieses verlogene Manöver der Sozialdemokratie nicht vor den Massen eindeutig entlarvt wird, wird es schwer sein, die Arbeiter von ihrem Einfluß frei zu machen.

Die breiten Massen der Arbeiter drängen zur Einheit. Es gibt viele Fälle in verschiedenen Ländern, wo Agenten der Bourgeoisie die Lösung der Einheit zur Irreführung der Arbeiter ausnutzen.

Auch die sozialdemokratischen Parteien operieren mit der Lösung der Einheit. Ihnen eilt der Renegat Trotzki zu Hilfe, indem er einen „Block“ der Kommunisten und Sozialdemokraten empfiehlt. Er beruft sich hierbei auf die Bolschewiki und Lenin.

Wie die Bolschewiki die Einheitsfront in den Betrieben aufgerichtet haben, habe ich versucht, im vorstehenden darzulegen.

Es gab in der Geschichte des Bolschewismus Fälle der Anwendung der Taktik der Einheitsfront von unten und oben zu gleicher Zeit, aber nur wirklich im Kampf. Solche Fälle kamen 1905 während der Streiks, Demonstrationen, Pogromabwehr, Aufstände (Moskauer Aufstand) für die Dauer der Aktion vor. Man schuf für die Dauer der gemeinsamen Aktionen Kontakt- und föderative Ausschüsse, man gab gemeinsame Aufrufe heraus. Die im praktischen Kampfe der Massen entstandene Einheitsfront unter zwang die menschewistischen Führer, sich dem Kampfe anzuschließen, an dessen Spitze die Bolschewiki standen. Und wie verhielt es sich in den Tagen des Kornilowaufstandes, im Jahre 1917, auf die sich der Renegat Trotzki beruft, im Bestreben, die Kommunisten irrezuführen?

Ende August 1917 forderte Kerenki, nicht ohne Wissen der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki, Kornilow auf, mit den regierungstreuen Truppen das bolschewistische Petrograd zu bezwingen. Kornilow folgte dem Ruf. Bevor er aber noch Petrograd erreicht hatte, stellte er die Forderung, daß man ihm faktisch die ganze Macht ausliefern sollte. Die Arbeiter und Soldaten, die den Menschewiki und den Sozialrevolutionären folgten, begriffen, daß Kornilow, wenn er erst an der Macht sein werde, wahrscheinlich nicht nur die Bolschewiki, sondern auch sie selbst hängen lassen werde. Unter dem Druck der Massen sahen sich die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre genötigt, sich dem Kampf unter der Führung der Bolschewiki anzu-

schließen. Die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre mußten den Petrogradern die Waffen für diesen Kampf liefern. Das war ein „Block“ während und für die Dauer des Kampfes gegen Kornilow. Aber selbst während des Kampfes gegen Kornilow hörten die Bolschewiki nicht auf, die Kampagne gegen die Menschewiki, die Sozialrevolutionäre und die provisorische Regierung zu führen, die durch ihren Verrat an den Interessen der Arbeiter, Soldaten und Bauern die Kornilowade über das Land heraufbeschworen hatten und zwischen einer direkten Unterstützung Kornilows und dem Kampf gegen ihn schwankten. Kann aber die Lage in Deutschland mit der damaligen Lage verglichen werden? Wie kann man aus den Erfahrungen während der Kornilowade die Notwendigkeit eines „Blockes“ mit der deutschen Sozialdemokratie, sagen wir zum Kampf gegen den Faschismus, herleiten, wo doch die Sozialdemokratie nichts anderes tut, als den Faschisten und der Bourgeoisie zu helfen: der sozialdemokratische Innenminister Preußens verbot den RFB, weil dieser gegen die Faschisten kämpfte, während er gleichzeitig die Kasernen der faschistischen Sturmabteilungen nicht nur duldet, sondern auch noch beschützt; die sozialdemokratische Polizei stellt sich auf die Seite der Faschisten und überfällt die Arbeiter, wenn sie sich gegen die Faschisten wehren.

Die Kommunisten lassen sich nicht dadurch irreführen, daß Hindenburg vor den Preußenwahlen die Sturmabteilungen „aufgelöst“ hat. Sind die SA formell auch verboten, so ist das geschehen, ohne ihre Organisation zu zerstören und ihnen tatsächlich einen Schaden zuzufügen. Diese „Auflösung“ sollte den Sozialdemokraten, unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Faschismus, die Irreführung des Wählers, seine Gewinnung, ermöglichen.

Bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik finden wir viele Fehler in fast allen kommunistischen Parteien. Man muß aber sagen, daß schon Beispiele einer guten Durchführung der Einheitsfront vorliegen. Ein solches Beispiel ist der Kampf der Bergarbeiter in Nordböhmen unter Führung der KPTsch und der roten Gewerkschaften. Man muß Fehler vermeiden und um jeden Preis eine richtige, energische Herstellung der bolschewistischen Einheitsfront des Kampfes von unten in den Betrieben durchsetzen.

Legale und illegale Arbeit. Ausnutzung der legalen Möglichkeiten

Die bolschewistische Partei hat im zaristischen Rußland, als sie absolut illegal war, es sehr wohl verstanden, von den legalen Möglichkeiten umfassenden Gebrauch zu machen. Seit 1905 erschienen ununterbrochen, selbst in den finsternen Jahren der Reaktion, legale Wochenschriften und Zeitschriften oder Sammelhefte in den verschiedensten Teilen des unermeßlichen Landes. Ich spreche schon gar nicht von der „Prawda“, der Tageszeitung der bolschewistischen Partei, die bei der Zusammenschweißung der bolschewistischen Partei, im Kampfe gegen den Zarismus, die Bourgeoisie und im Kampfe gegen die Menschewiki, die Liquidatoren, Trotzkiisten, Versöhner usw. eine so große Rolle gespielt hat. Neben der legalen Presse erschienen selbstverständlich auch illegale Parteizeitungen und Flugblätter.

Die illegale bolschewistische Partei nutzte alle legalen öffentlichen Kouresse der Aerzte, Genossenschaftler, Lehrer usw. aus, um Forderungen im

Sinne des bolschewistischen Programms zu stellen. Sie arbeitete in allen legalen Arbeitervereinen, Gewerkschaften, Genossenschaften, in Gesellschaftsvereinen und ähnlichen Organisationen. Mehr noch, die bolschewistische Partei nutzte die von der Polizei aufgezogenen legalen Arbeiterorganisationen Subatows und Gapon in der Periode von 1905 aus, um die Arbeiter von dem Einfluß der Polizeiagentur und aus ihren Fallstricken zu befreien, was ihr durch Entlarvung der polizeilichen Machenschaften auf den Versammlungen dieser Organisationen durchaus gelang.

Welchen Erfolg das Auftreten der Bolschewiki hatte, beweist die Tatsache, daß der im Dienst der Polizei stehende Pope Gapon unter dem Druck der Arbeitermassen in sein Programm die wichtigsten Forderungen aus dem Minimalprogramm der bolschewistischen Partei übernehmen mußte, um nicht als Agent der Polizei entlarvt zu werden.

Es muß gesagt werden, daß in den kapitalistischen Ländern nicht nur die illegalen kommunistischen Parteien es nicht verstanden haben, die legalen Möglichkeiten erfolgreich auszunutzen, sondern auch, und das ist noch verwunderlicher, daß die legalen kommunistischen Parteien die illegalen Arbeitsmethoden nicht erfolgreich haben anwenden können, obwohl ihnen in dieser Beziehung weit größere Möglichkeiten zur Verfügung stehen als den illegalen kommunistischen Parteien.

Wird die legale kommunistische Partei vorübergehend verboten, oder verbieten die Behörden Veröffentlichungen über die Notverordnungen, die gegen die Arbeiter gerichtet sind und gleichsam wie aus einem Füllhorn ausgeschüttet werden, oder Veröffentlichungen über die Beschließung von Demonstrationen usw., so gelingt es den legalen kommunistischen Parteien nicht, die Betriebe rechtzeitig und massenhaft mit Betriebszeitungen und Flugblättern zu belegen, in denen die Themen behandelt werden, über die man aus den verschiedensten Gründen in den legalen Zeitungen nicht schreiben kann. Dasselbe kann man hinsichtlich der Versammlungs- und Demonstrationsverbote beobachten. Die Veranstaltung von Meetings und Versammlungen unter einer anderen Flagge oder einer anderen Bezeichnung, von fliegenden Demonstrationen in den Arbeitervierteln, trotz Verbot, nachdem man sie gut vorbereitet hat, ist in solchen Fällen möglich und notwendig.

Die Behörden und die Polizei verbieten in kritischen Momenten die Zeitungen, die Einberufung von Arbeiterversammlungen und Demonstrationen. Daher sind die kommunistischen Parteien daran interessiert, daß die Arbeiter nicht nur erfahren, was die Regierung ihnen verheimlichen will, sondern auch selbst unter der Führung der KP Protestaktionen veranstalten.

Nur so können die kommunistischen Parteien die Massen erobern und sich an ihre Spitze stellen. Fehlt es an guten Zellen in den Betrieben, so wird es, wenn die legalen Parteien erst in die Illegalität gedrängt sind, viel schwieriger sein zu arbeiten und die Verbindung mit den Massen aufrechtzuerhalten.

Aktuelle Aufgaben

1. Partei- und Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben

Worauf muß heute beim Unterricht in den internationalen Parteischulen der Nachdruck gelegt werden? Auf die unbedingte Arbeit im

Betrieb. Ohne Arbeit in den Betrieben kann man nicht die Mehrheit der Arbeiterklasse erobern, kann man folglich nicht erfolgreich für die Diktatur des Proletariats kämpfen. Das ist das erste. Die Arbeit im Betrieb gewinnt aber eine außergewöhnliche Bedeutung in Verbindung mit dem heranwachsenden imperialistischen Krieg, der in erster Linie die Zerstörung der legalen revolutionären Arbeiterbewegung, der legalen kommunistischen Organisationen und der roten Gewerkschaften mit sich bringen wird. Unter solchen Verhältnissen wird die Arbeit im Betrieb mehr als sonst zur wichtigsten und fast einzigen Möglichkeit, mit der Arbeitermasse der Betriebe in Verbindung zu bleiben, sie zu beeinflussen und ihre Aktionen zu führen. Hierzu kommt, daß die Betriebe in der Kriegszeit fast ausnahmslos auf Kriegsproduktion, auf die Versorgung der imperialistischen Armeen des eigenen Landes oder fremder Länder umgestellt werden. Der Kampf gegen den Krieg wird also wie nie zuvor in den Betrieben geführt werden müssen.

Es ist schwer, in den Betrieben zu arbeiten. Heute, während der Arbeitslosigkeit fliegen alle revolutionären Arbeiter aus dem Betrieb. Die Aufgabe besteht darin, unter allen Umständen, um jeden Preis, mit allen Mitteln, wenn notwendig unter fremder Flagge, ganz gleich wie, in die Betriebe einzudringen, um dort kommunistische Arbeit zu leisten. Die Arbeit muß umfassende, populär sein, so wie die Bolschewiki in früheren Jahren in jeder Periode vom Februar bis Oktober 1917 agitiert haben. Die Parteien der wichtigsten kapitalistischen Länder sind vorläufig noch legal. Sie haben eine eigene Presse. Sie können Versammlungen einberufen. Die Agitation selbst muß einen anderen Charakter annehmen, muß in und vor die Betriebe, an die Haltestellen der Straßenbahn und Untergrundbahnhöfe, überall dorthin verlegt werden, wo die Arbeiter arbeiten, wo die Arbeiter und Angestellten zusammenströmen. Es muß ein Aktiv von Menschen gebildet werden, die kurz und klar sprechen können, man muß sie informieren, instruieren und auf die Straße, vor die Betriebe schicken, damit sie agitieren. Ist das möglich? Durchaus. Es ist notwendig, daß die Kurssteilnehmer, die in ihre Parteien zur Arbeit zurückkehren, sich dies aneignen, daß sie lernen, wie sie es selbst machen und wie sie diese Sache organisieren müssen.

2. Streiks

Wie bereitet man Streiks vor? Wie muß man sie führen? Wie stellt man Forderungen auf? Das sind keine leichten Fragen. Sie fallen der Mehrheit der kommunistischen Parteien, der roten Gewerkschaften und der RGO sehr schwer. Noch vor kurzem stellten viele kommunistische Parteien nur Forderungen aus dem Maximalprogramm, sie unterzogen sich nicht der Mühe, Tagesforderungen aufzustellen. Heute sagen sie etwa so: Wie werden nur Tagesforderungen ohne Verbindung mit der Politik und dem Maximalprogramm aufstellen, denn die Arbeiter haben, als wir politische Forderungen aufstellten, nicht auf uns gehört, sind uns nicht gefolgt, die Arbeit ist schlecht vorwärtsgegangen. — Wir wissen aus der Erfahrung, daß die Bolschewiki die Politik immer mit der Oekonomie und die Oekonomie mit der Politik verknüpfen haben. Ich kenne Fälle, die sich auf das Jahr 1905 beziehen, wo die Bolschewiki, wenn sie einen politischen Streik auslösten, Forderungen wirtschaftlichen Charakters aufstellten, und umgekehrt.

Die gute Vorbereitung des Streiks ist eine schwere Aufgabe. Selbst in der Organisation und in der Durchführung der Streiks wie auch in den Zielen, die sich hierbei die Reformisten auf der einen und die Bolschewiki auf der anderen Seite stellten, bestand ein großer Unterschied. Die Bolschewiki sammelten Material über die Lage der Arbeiter im Betrieb, arbeiteten unter einzelnen Arbeitern, um sie über ihre Lage aufzuklären. Nach Abschluß der Vorarbeit (Durcharbeitung aller Einzelheiten des Streiks in der Zelle gemeinsam mit dem parteilosen revolutionären Aktiv) wurde der Streik erklärt, arbeitete man die Forderungen aus und wählte die Streikleitung, die die Arbeiter zusammennrief und die Fragen, die mit dem Streik in Verbindung standen, mit ihnen berieselt. Wurde die Streikleitung und die revolutionäre Aktivgruppe verhaftet, so wurde auf demselben Wege eine andere Streikleitung geschaffen. Tarifverträge gab es damals nicht. Entstand ein Streik unerwartet, wegen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, wegen Häufung von Unfällen, die durch das Fehlen von Schutzvorrichtungen an den Maschinen usw. entstanden, so stellten sich die Bolschewiki dieser Betriebe an die Spitze der Bewegung, formulierten die Forderungen usw. So wurde der Streik von unten, im Betrieb vorbereitet. Auch in den Fällen, wo der Streik von einem Betrieb auf den anderen übergriff, oder von einer Stadt auf die andere, geschah das auch nicht immer spontan. Die Parteiorganisationen in der Stadt, im Bezirk und die Zellen berieten die Methoden der Ausbreitung der Bewegung usw. Die Bolschewiki verfolgten mit der Führung der Streiks zwei Ziele: erstens Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter, zweitens das größere Ziel, breiteste Massen der Arbeiter zum gemeinsamen proletarischen Kampf für den Sturz der Bourgeoisie und für die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats heranzuziehen.

Die Sozialdemokraten und Reformisten führten seit dem Augenblick, wo die Gewerkschaften entstanden, eine solche Zentralisierung der Streiks durch, daß die Gewerkschaftsmitglieder in den Betrieben ohne Zustimmung ihres Verbandes nicht streiken konnten. Taten sie es dennoch und verweigerte der Verbandsvorstand die Sanktion, so wurde der Streik als „wilder“ Streik erklärt und die Unterstützung gesperrt. Wurde der Streik sanktioniert, so übernahm der Verbandsvorstand die Führung und die Streikenden hatten nichts weiter zu tun, mit Ausnahme vielleicht des Streikpostenstehens, wenn dies erforderlich war. Als die reformistischen Gewerkschaften erstarkten, begannen sie mit den Unternehmerverbänden langfristige Tarifverträge abzuschließen, und es kam für die Dauer ihrer Gültigkeit nur selten zu Streiks. In diesem Falle lag die Führung in den Händen der Hauptvorstände der Verbände. Die Streikenden brauchten im besten Falle nur Streikposten zu stehen. Die reformistischen Gewerkschaften ließen sich bei der Führung des Wirtschaftskampfes (vor dem Kriege führten sie noch Streiks) nur von dem Gedanken leiten, die materielle und kulturelle Lage der Arbeiterklasse zu verbessern, sie dachten nicht an einen Kampf gegen das gesamte System der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Die kommunistischen Parteien, die roten Gewerkschaften, die in der Regel Parallelverbände der reformistischen sind, und die Gewerkschaftsopposition haben in der Mehrheit der Fälle nicht die bolschewistische, sondern die sozialdemokratische und reformistische Methode der Vorbereitung des Streiks, die Schreibstischmethode übernommen.

ohne immer die Stimmung der Arbeiter zu kennen. Daher folgen die Arbeiter bis jetzt häufig nicht dem Ruf der roten Gewerkschaftsopposition zum Streik, oder es kommt vor, daß Arbeiter in Betrieben streiken, auf die man gar nicht gerechnet hat.

An den internationalen kommunistischen Parteischulen müssen die Kursus-Teilnehmer auch lernen, wie man Streiks vorbereitet, durchführt und führt.

3. Der Kampf gegen die Reformisten und die sozialdemokratischen Parteien

Man muß die Sozialdemokraten und Reformisten entlarven. Man muß zeigen, was ihre Worte und was ihre Taten sind. Das muß täglich, in Artikeln der Parteipresse, in Flugblättern, in mündlicher Agitation geschehen. Man muß die sozialdemokratische und reformistische Presse verfolgen und ihrer Agitation, ihren Flugblättern sofort entgegenreten. Man muß populär und überzeugend reagieren. Jeder einzelne Artikel, jede Rede eines Sozialdemokraten oder Reformisten kann den kommunistischen Agitatoren und Propagandisten Material für ihr Auftreten gegen die Sozialdemokratie und gegen die Reformisten liefern. Nur auf diesem Wege können wir die Sozialdemokratie entlarven. Anders wird es kaum gelingen. Bei der Entlarfung der Sozialdemokratie und Reformisten darf man nicht die anderen Parteien und Organisationen aus dem Auge verlieren, die Einfluß auf die Arbeiterklasse haben oder diesen Einfluß anstreben (so die Katholiken, die Nationalsozialisten usw.).

Die sozialdemokratischen Parteien in den verschiedenen Ländern wenden bei der Verwirklichung ihrer Rolle als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie verschiedene Methoden an. In England hat die Arbeiterpartei bis zu den letzten Wahlen diese Rolle offen als Regierungspartei gespielt. Als sie feststellte, daß die Arbeitermassen sich enttäuscht von ihrer Politik abzuwenden begannen, daß ihr von dieser Seite Gefahr drohte, opferte sie die Führer und ging in „Opposition“. In Frankreich ist die sozialistische Partei nach dem Krieg an der Regierung nicht beteiligt gewesen. Vor den Wahlen stimmt sie sogar mitunter in der Kammer gegen das eine oder andere Gesetz, weil sie weiß, daß der Regierung ohnehin die Mehrheit gesichert ist. In der Tat ist die sozialistische Partei in Frankreich der treueste Knecht und die Stütze des französischen kriegstreibenden Imperialismus. Von der SPD lohnt es sich gar nicht erst zu sprechen. Sie versteht sich meisterhaft auf den Betrug der Massen und ist die manövriertfähigste Partei der II. Internationale.

Die kommunistischen Parteien müssen genau so wie seinerzeit die Bolschewiki in Rußland die Manöver der Sozialdemokraten voraussehen und die Massen warnen. Sie müssen die Sozialdemokraten entlarven, wenn ihnen ein Manöver, die Irreführung der Arbeiter und Werktätigen gelungen ist. Die kommunistischen Parteien, die roten Gewerkschaften und alle anderen revolutionären Massenorganisationen müssen die Sozialdemokratie und die Reformisten unermüdlich entlarven, denn ohne die Befreiung der Arbeiter von ihrem Einfluß werden die kommunistischen Parteien nicht imstande sein, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern, also auch nicht imstande sein, erfolgreich gegen die Bourgeoisie zu kämpfen. Die kommunistischen Parteien

müssen einen unermüdlichen, energischen Kampf auch gegen die Nationalsozialisten führen, die sich den Verrat der Sozialdemokratie, der Reformisten, aber auch die Fehler und Schwächen der kommunistischen Parteien zunutze machen, um das Kleinbürgertum ihrem Einfluß zu unterwerfen und mittels demagogischer Lösungen in die Reihen der Arbeitslosen einzudringen.

4. Die Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit ist ungeheuer. Niemand, außer den kommunistischen Parteien, nimmt sich tatsächlich der Arbeitslosen an. Aber selbst eine solche Situation, wo die Arbeitslosen leicht auf der Grundlage der Verteidigung ihrer täglichen Interessen organisiert werden können, haben die kommunistischen Parteien nicht ausgenutzt. Sie haben eine solche Organisation nicht erreichen können. In den Betrieben arbeiten nur wenige Kommunisten, da die meisten von ihnen herausgeworfen sind. Es ist nicht leicht, in den Betrieben zu arbeiten. Warum funktioniert aber nicht die Arbeit unter den Arbeitslosen, an den Stempelstellen und Arbeitsnachweisen, in den Asylen, unter den Erwerbslosen, die bei den Suppen- und Brotverteilungsstellen anstehen? Unter den Arbeitslosen gibt es sehr viele Mitglieder der Partei und der revolutionären Gewerkschaftsorganisationen. Sollte es wirklich so schwer sein, mit Hilfe dieser Genossen die Arbeit in Schwung zu bringen. In der Tschechoslowakei und in Polen haben die Organisationen der Arbeitslosen an einigen Stellen erhebliche Massen mobilisiert und auf die Magistrate einen Druck ausgeübt, so daß die Erwerbslosen überhaupt keine Unterstützung, weder Amerika erhalten die Arbeitslosen überhaupt keine Wohltätigkeit an dem Staat noch vom Unternehmer. Sie sind ganz auf die Wohltätigkeit angewiesen. Sie werden in Massen exmittiert. In den Jahren 1930 und 1931 wurden allein in Newyork 352 469 Familien aus ihren Wohnungen auf die Straße gesetzt. Ein ungeheures Betätigungsfeld für die revolutionären und kommunistischen Organisationen, die sich aber diese Verhältnisse nur zu einem geringen Teil zunutze machen. Bald schaffen sie einen isolierten Arbeitslosenverband, bald begeistern sie sich für die einseitige Organisation von Demonstrationen, wobei sie außer acht lassen, daß man für die Erwerbslosen Küchen einrichten, eine Bewegung ins Leben rufen muß, die fähig wäre, die Exmittierung von Arbeitslosen zu verhindern, Unterstützung für die Arbeitslosen zu fordern und durchzusetzen usw.

Die Ursachen des Zurückbleibens der kommunistischen Parteien und der revolutionären Gewerkschaften hinter der revolutionären Arbeiter- und Bauernbewegung

In meinen Ausführungen habe ich versucht, den Unterschied zwischen der Taktik, der Organisation, der Methode und dem Inhalt der Arbeit und den Endzielen der Bolschewiki einerseits und denen der Sozialdemokratie andererseits zu zeigen. Ich habe auf die Ursachen hingewiesen, die diesen Unterschied bedingen. Wir, die Mitarbeiter des EKKI, bekommen mitunter zu hören, die alte bolschewistische Erfahrung eignet sich nicht für die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder, besonders sei dies hinsichtlich der Arbeitsmethoden im Betrieb der Fall. Die Praxis der letzten Jahre widerlegt diese Auffassung. Wo die bolschewistischen Methoden der Arbeit

Marx, Lenin, Stalin; in einigen Ländern werden diese Teilnehmer nach ihrer Rückkehr sogar in die Parteileitung aufgenommen.

Was aber die kommunistischen Parteien bisher von den internationalen kommunistischen Parteischulen nicht erhalten haben, das sind Genossen, die die Lehre des Marxismus-Leninismus auf die konkreten Verhältnisse ihrer Länder anwenden, die Massenarbeit organisieren und durchführen können, und das ist es gerade, was die kommunistischen Parteien gegenwärtig vor allem brauchen.

Sie haben keine Parteiarbeiter erhalten, die ihnen wirklich helfen könnten, die Partei, die roten Gewerkschaften und die RGO auf der Grundlage der Betriebe umzubauen.

Welche Ursachen hat dies? Die folgenden: Die Kursteilnehmer studieren den Parteaufbau in der Sowjetunion, d. h. die Formen des Parteaufbaues, die in ihren Ländern nicht jetzt, sondern erst nach Eroberung der Macht durch das Proletariat volle Anwendung finden können. Aber selbst den Parteaufbau der KPdSU erlernen sie oberflächlich; sie studieren nicht mit der notwendigen Aufmerksamkeit, was sie hauptsächlich studieren müßten, nämlich die Methoden der Massenarbeit, der Mobilisierung der Werktätigen, die differenzierte Behandlung der verschiedenen Schichten der Werktätigen, die Massenagitation und die Formen ihrer Organisation, die Wechselbeziehung zwischen den kommunistischen Fraktionen (besonders der unteren parteilosen Massenorganisationen) und den entsprechenden Zellen und Parteiorganen, die Arbeit der unteren parteilosen Massenorganisationen und die Rolle der kommunistischen Fraktionen in diesen, die Führung und die Kontrolle der Arbeit der kommunistischen Fraktionen durch die Zellen und die Parteileitungen, die Arbeit der Betriebszellen der Partei und der Betriebsräte usw. Sie studieren nicht und eignen sich nicht die Erfahrung an, die sich auf die Periode vor der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse bezieht, d. h. die Erfahrung der Bolschewiki zur zaristischen Zeit und unter Kerenski vom Februar bis zum Oktober.

Gerade diese Erfahrungen brauchen unsere kommunistischen Bruderparteien am dringendsten.

Eben in dieser Erfahrung finden wir Momente der Aehnlichkeit mit der Lage in den heutigen kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder. Es bestehen aber auch Momente des Unterschieds, Besonderheiten.

Daher bin ich auch auf die Frage des Unterschieds in der Lage der bolschewistischen Partei unter dem Zarismus einerseits und der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern andererseits eingegangen.

Die Tatsache, daß die kommunistischen Parteien die Kursteilnehmer, die die internationalen kommunistischen Parteischulen beendigt haben, nicht so zurückhalten, wie sie sie brauchen, ist aber ein Beweis dafür, daß der Unterricht offensichtlich nicht den Besonderheiten der einzelnen Parteien angepaßt wird, daß ihre Entwicklung, ihre Tradition und ihre früheren Gewohnheiten nicht berücksichtigt werden.

Die internationalen kommunistischen Parteischulen haben die Aufgabe, die Aneignung der bolschewistischen Erfahrungen sowohl der Parteiorganisation

angewandt wurden, wo die Taktik, die Arbeit im Betrieb elastisch war, waren die Resultate glänzend. Zeigt nicht die Verschärfung des Kampfes, der Massencharakter der Arbeiter- und Bauernbewegung in Polen und die führende Rolle der Kommunistischen Partei Polens in diesem Kampfe, in dieser Bewegung die Ueberlegenheit der bolschewistischen Methoden gegenüber den sozialdemokratischen? Das polnische revolutionäre Proletariat, die frühere Sozialdemokratische Arbeiterpartei Polens und Litauens, heute die KPP, haben ungeachtet ihrer Fehler Schulter an Schulter mit der bolschewistischen Partei Rußlands gekämpft. Sie haben die bolschewistischen Arbeitsmethoden übernommen. Daher haben sie sich auch nicht vom polnischen Proletariat losgelöst, trotz dem unglaublichen faschistischen Terror. Die kommunistischen Parteien, die roten Gewerkschaften und die Gewerkschaftsopposition in den kapitalistischen Ländern, die sich noch immer nicht von den sozialdemokratischen Traditionen freigemacht haben, die bolschewistische Methoden der Arbeit und Formen der Organisation nicht übernommen haben, nicht durchführen oder schlecht anwenden, ihrer Arbeit keinen bolschewistischen Inhalt geben, bleiben hinter der revolutionären Arbeiterbewegung, hinter den revolutionären Ereignissen zurück. Sie sind nicht imstande, ihren wachsenden politischen Einfluß organisatorisch zu festigen (z. B. ist man trotz vier bis fünf Millionen Stimmen nicht imstande, die Lohnabbauoffensive der Unternehmers abzuwehren). Dieses Zurückbleiben ist unvermeidlich, solange sich die kommunistischen Parteien, roten Gewerkschaften und die Gewerkschaftsopposition nicht von den sozialdemokratischen Traditionen befreien und sie nicht durch die Aneignung der wirklichen bolschewistischen Erfahrung auf allen Gebieten ihrer politischen und wirtschaftlichen Arbeit und ihrer täglichen Praxis ersetzen.

Die Heranbildung der Kader und die Unterrichts-
methoden in den internationalen kommunistischen
Parteischulen

Die Kaderfrage ist unter den jetzigen Bedingungen für die kommunistischen Parteien, roten Gewerkschaften und Gewerkschaftsoppositionen von ungeheurer Bedeutung. Wichtige Stätten, wo revolutionäre Kader geschmie det werden, sind die internationalen kommunistischen Parteischulen.

Der Unterricht in den internationalen kommunistischen Parteischulen ist daher eine Frage von aktueller Bedeutung, weil der Bedarf an theoretisch geschulten Kadern, bei denen sich die theoretische Vorbereitung mit der Erfahrung der praktischen Arbeit in den Sektionen der kommunistischen Internationale verbindet, äußerst groß ist. Dieser Bedarf ist keineswegs geringer geworden, umgekehrt, er hat sich in den letzten Jahren vergrößert, weil der Zuwachs an solchen Kadern zahlenmäßig nicht ausreichend war. Für die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern besteht die Möglichkeit, solche Kader aus den internationalen kommunistischen Parteischulen zu erhalten. Einige von ihnen bestehen schon ziemlich lange. Die Kommintern hat aber bisher noch nicht die Kader erhalten, die für die kommunistische Arbeit erforderlich sind. Richtig: wenn die Teilnehmer der internationalen kommunistischen Parteischulen nach Beendigung des Kurses in ihre Parteien zurückkehren, kennen sie, vielleicht sogar gut, die wichtigsten Schriften von

als auch der gesamten Parteiarbeit zu fördern, und zwar in einer Weise, daß die kommunistischen Parteien diese Erfahrungen entsprechend den Bedingungen ihres Landes anwenden können. Diese Bedingungen sind in den einzelnen Ländern verschieden. Wenn wir z. B. Deutschland und die dortigen Verhältnisse nehmen, so sehen wir, daß sie von dem abweichen, was wir in derselben Beziehung in Frankreich finden, daß sie sich ungemein von den Bedingungen in England und nicht weniger von den Bedingungen in Amerika unterscheiden. In jedem Lande finden wir eine andere Arbeiterbewegung, eine andere Geschichte, andere Traditionen, einen anderen Aufbau der Partei, der Arbeiterorganisationen. Wenn der Unterricht nach Ländergruppen erfolgt, muß dies berücksichtigt werden. Es muß vermerkt werden, daß die Lehrer das Tatsachenmaterial über die Lage und die Verhältnisse jedes Landes von den Kurssteilnehmern erhalten können, die an der praktischen Arbeit ihrer Parteien teilnehmen.

Die internationalen kommunistischen Partischulen müssen den kommunistischen Parteien und der revolutionären Gewerkschaftsbewegung helfen, wirkliche bolschewistische Kader zu schmieden.

S. SCHWAB:

DIE ARBEIT DER KPD IN DEN BETRIEBEN UND BEI DER ORGANISIERUNG VON WIRTSCHAFTSKÄMPFEN